

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Kr. 15.-  
vierteljährlich . . . . . 45.-  
halbjährlich . . . . . 90.-  
jährlich . . . . . 180.-

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Er scheint mit Ausnahme  
des Monats täglich tritt.

## Abrüstung und soziale Hilfe in England.

London, 17. Juni. (Neuer.) Der Erste Lord der Admiralität, Alexander, erklärte, daß seit dem Abschluß des Waffenstillstandes 2.020.195 Tonnen Kriegsschiffe desarmiert wurden, nicht eingerechnet die kleineren Schiffe, und daß diese so aus der Kriegsflotte entfernten Kriegsschiffe nicht durch neue ersetzt wurden.

Die Regierung hat dem Unterhaus einen Gesetzentwurf über einen neuen Kredit von 25 Millionen Pfund Sterling zur Unterstützung der Arbeitslosen vorgelegt, wodurch der Gesamtkredit für die Arbeitslosenunterstützung auf 115 Millionen Pfund Sterling (ungefähr 18.860 Millionen Kronen) steigt. Wie die Regierung erklärt, beträgt die wöchentliche Ausgabe für die Arbeitslosenunterstützung etwa 1.010.000 Pfund.

## Blutige Arbeitslosenunruhen in Boinisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 17. Juni. Die seit einigen Tagen andauernden Arbeitslosenunruhen in zahlreichen Dörfern Boinisch-Oberschlesiens führten in der Gegend Jawodzie und Bogucice bei Kattowitz zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Arbeitslose in der Zahl von zirka 2000 Personen versuchten aus der Umgebung nach Kattowitz zu gelangen, um vor dem Wojwodschofisamt Demonstrationen zu veranstalten. Die Polizei erhielt den Auftrag, die Arbeitslosen nach Kattowitz nicht einzulassen. In Jawodzie griffen die Arbeitslosen die Polizei mit Steinen und Hiegeln an. Beim Zerstreuen der Demonstranten fielen aus einigen Wohnungen und von Dächern mehrere Revolvergeschosse gegen die Polizei, welche gezwungen war, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Ein Demonstrant wurde getötet, drei schwer und mehrere leicht verletzt. Auch in Bogucice kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und der Polizei. Auf Seiten der Demonstranten gab es in Bogucice einige Leichtverletzte. Die Polizei verhaftete über achtzig Teilnehmer der Demonstrationen, vorwiegend Kommunisten.

## Die menschenmordende Arbeitslosigkeit.

Kattowitz, 18. Juni. In Nikolaj versammelten sich gestern mehrere Arbeitslose. Einer von ihnen, namens Kaluza, hatte ein altes russisches Gewehr mit abgeschrittenem Lauf und 10 Patronen bei sich. Ein anderer Arbeiter forderte nun Kaluza auf, auf ihn zu schießen. Er legte den Kopf ab und entblöte seine Brust. Kaluza schah, traf ihn jedoch nur in die Hand, worauf dieser ihn aufforderte, noch einmal zu schießen. Als auch der zweite Schuß fehlging, schah Kaluza zum drittenmal und traf den anderen ins Herz. Darauf schah sich Kaluza selbst eine Kugel durch den Kopf. Die anderen Arbeitslosen, die inzwischen davongelaufen waren, bewachte die Polizei, die am Tatort die beiden Leichen vorband. Der Grund zu diesem Drama ist die Arbeitslosigkeit zu suchen.

## Politische Amnestie in Frankreich.

Paris, 18. Juni. Ministerpräsident Laval bereitet den Entwurf einer Amnestie vor, die sich zum größten Teile auf politische Gefangene beziehen wird. Man erwartet, daß die zuständigen Parlamentsausschüsse, besonders der Senatsausschuss, den Regierungsantrag beschleunigt genehmigen werden, damit die Amnestie ehestens erlassen werden könne.

## Streifsbewegung in Spanien.

Gerona (Spanien), 18. Juni. Die Gewerkschaften haben den Generalstreik erklärt. Der Besatzungszustand ist verhängt worden.

## Sowjetrußland und Mussolinien.

Moskau 17. Juni. (Taf.) Eine Delegation italienischer Industrieller ist hier eingetroffen.

## Ender legt seine Mission zurück.

Weil seine Bedingungen keinen Beifall fanden.

Wien, 18. Juni. Die Bedingungen des Bundeskanzlers Dr. Ender haben große Ueberzeugung und auch Widerstand hervorgerufen. Nur die Christlichsozialen — und auch nicht einstimmig — haben sich für ihre Annahme ausgesprochen. Die Großdeutschen und der Landbund verhalten sich ausweichend und wollen zuerst das detaillierte Programm dieser Regierung und die außerparlamentarischen Persönlichkeiten, welche Dr. Ender zur Mitarbeit heranziehen will, kennen. Die Sozialdemokraten lehnen den Plan Ender kategorisch ab.

Als Dr. Ender heute mittags im Parlamente erschien und in Konferenzen mit den Großdeutschen und dem Landbund keine Zustimmung fand und auch bei den Beratungen mit den Sozialdemokraten auf energischen Widerstand stieß, nahm er von seinem ganzen Plan Abstand. Dr. Ender begab sich in den Abendstunden zum Bundespräsidenten Miklas und erklärte ihm, die Kabinettsbildung nicht annehmen zu können.

Der Bundespräsident hat daraufhin neue Besprechungen mit den Parteiführern eingeleitet und hat n. a. auch den ehemaligen Präsidenten des Nationalrates Dr. Gurtler, den Führer des demokratischen Flügels der Christlichsozialen, der auch bei den letzten Wahlen nicht als Kandidat aufgestellt worden war, nach Wien berufen, um sich auch mit ihm zu beraten. Im Vordergrund der Kombination steht jetzt angeblich der Handelsminister Feindl.

## Macdonald und Henderson am 17. Juli in Berlin.

London, 18. Juni. (Neuer.) Wie das Ministerium des Äußeren mitteilt, haben Premierminister Macdonald und Außenminister Henderson die Einladung der deutschen

Staatsmänner Dr. Brüning und Dr. Curtius zum Besuch Berlins angenommen. Macdonald und Henderson werden am 17. Juli nach Berlin abreisen.

## Stimson kommt zwei Tage später.

Berlin, 18. Juni. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird der amerikanische Staatssekretär Stimson, der bekanntlich eine große Europa-Reise zu machen beabsichtigt, am 21. Juli d. J. in Berlin eintreffen. Er wird vorher Rom und Paris besuchen und dann von Berlin nach London fahren.

Das Datum seines Berliner Besuchs ist besonders interessant im Zusammenhang mit der neuen angekündigten Zusammenkunft der deutschen und englischen Staatsmänner. Stimson wird also bereits zwei Tage nach dem Besuch der

englischen Staatsmänner in Berlin weilen und es wird vielleicht möglich sein, in den Besprechungen mit ihm die Ergebnisse der deutsch-englischen Aussprache zu verwerthen.

Es scheint besonders bemerkenswert, daß die Zahlungsnahme mit den Vertretern von England und Amerika bereits zu einem so frühen Zeitpunkt stattfindet, um so mehr, als man in Berliner politischen Kreisen die Einleitung der Aktion der Reichsregierung in der Reparationsfrage für Mitte August erwartet.

## Die Volkspartei zündelt von neuem.

Brüning hat Umbildung des Kabinetts nach rechts zugelassen?

Berlin, 18. Juni. (Eigenbericht.) Kaum ist in den letzten Tagen die Krisenphase beendet worden, so entsteht schon wieder eine politische Verwickelung schwerster Art. In der „Kölnischen Zeitung“ hat heute der Vorsitzende der deutschen Volkspartei Dingeldey die Dinge so dargestellt, als ob ihm bei den Verhandlungen mit Brüning über die Notverordnung bereits feste Zusicherungen über die Umbildung des Kabinetts gegeben worden wären. Er verlangt jetzt ganz offen, daß an die Stelle der bisherigen Regierung die diktatorische Herrschaft der Schwerindustrie treten solle, und er verlangt als Preis für gewisse sozialpolitische Zugeständnisse in verlauselter Form die Aufhebung der Schlichtungsordnung und des Tarifrechts. Dieser Regierung müsse weitgehende Freiheit in allen wirtschaftlichen Fragen und auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes gegeben werden; das sei aber nur durch personelle Änderungen zu erreichen.

Das alles soll bedeuten, daß die hinter der Volkspartei stehenden Unternehmer den baldigen Rücktritt vor allem des demokratischen Reichsfinanzministers Dietrich verlangen, damit ein Raum ihres Vertrauens noch viel schärfere und volksfeindlichere Maßnahmen in der Finanz- und Sozialpolitik durchsetze. Weiters will man auch den Außenminister Curtius befeitigen, den Reichsinnenminister Wirth und schließlich,

um die Deutschnationalen zu gewinnen, noch den Reichsfinanzminister Schiele.

Die von Dingeldey angebotenen Pläne der Unternehmung und die angeblichen Zugeständnisse des Reichskanzlers an die Volkspartei haben bereits zu Auseinandersetzungen in der Regierung geführt. Insbesondere Minister Dietrich scheint zu befürchten, daß hinter seinem Rücken ein falsches Spiel getrieben worden ist. Am Sonnabend wird sich infolgedessen eine Ministerbesprechung mit dem Thema „Personalveränderungen“ befassen. Im Zusammenhang mit dem Plan der Befestigung des Finanzministers wird heute hier noch behauptet, daß der Staatssekretär Schäffer aus dem Reichsfinanzministerium zurücktreten soll, weil er den Unternehmern als zu weit nach links eingestellt verdächtig erscheint. An seine Stelle soll Dr. Jarden von der Steuerabteilung des Ministeriums treten, der der deutschen Volkspartei angehört und als besonderer Vertrauensmann der Schwerindustrie gilt. Man weiß von ihm, daß er schon seit langem auf einen härteren Rechtskurs in der Finanzpolitik hinarbeitet.

Auf jeden Fall wird der Reichskanzler über diese Dinge schon in der nächsten Zeit volle Klarheit schaffen müssen. Gibt er dem Drängen der Unternehmer nach und bildet er sein Kabinett noch weiter nach rechts, so würde die Folge der schärfste Kampf der Sozialdemokratie gegen diese Regierung sein.

## „Die Politik gehört mir!“

Also sprach Mussolini.

Paris, 18. Juni. Das „Journal“ veröffentlicht eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit Mussolini, der hauptsächlich über den Konflikt zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan sprach. Der Ministerpräsident hält die Religion nicht nur für das Volk, sondern auch für die Intellektuellen und für die Wissenschaft für unerlässlich, und wünscht, daß sich die Religion über das ganze Land ausbreite, daß in den Schulen der Katechismus gelehrt werde und daß die Kinder in die Kirchen und zur Kommunion geschickt werden. „In allen diesen Dingen lasse ich die Priester frei handeln“, erklärte Mussolini, „das ist Religion! Das übrige aber ist Politik, und die Politik gehört mir. Ich werde

nicht zulassen, daß jemand, und sei es, wer es wolle, in irgendeiner Weise das antaste, was dem Staate gehört. Meine Formel ist klar: Alles im Staate, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat! Das ist es, sobald es in ein Alter gerät, wo es die Dinge zu verstehen beginnt, gehört dem Staate, nur dem Staate! Eine Teilung ist unmöglich.“ Mussolini sprach hierauf über die faschistische Disziplin und über die Ursachen, die zu dem Konflikt mit der katholischen Kirche führten. Er sagte, er habe die führenden Faktoren der katholischen Aktion einigemale gewarnt und auch den Vatikan mehrermals auf die Gefahr der Politik aufmerksam gemacht, die die katholische Aktion in Italien betreibt. „Es ist aber nichts geschehen, darum handle ich!“ Zum Schluß fügte er hinzu, daß der Konflikt nun Gegenstand diplomatischer Verhandlungen sei.

## Raubritter der Wirtschaft.

Die Existenzunsicherheit und das hoffnungslose Elend, das die durch das versagende kapitalistische System hervorgerufene Wirtschaftskrise über Millionen Menschen gebracht hat, treibt Viele in ihrer Verzweiflung und Empörung in das Lager des Extremismus und macht sie geneigt, anstatt den wahren Schuldigen, den Kapitalismus zu erkennen, der lumpigen Demagogie von links und rechts zu glauben, welche die Sozialdemokratie in das politische System der Demokratie verantwortlich zu machen sucht. Gewiß muß der entscheidende Kampf gegen die faschistischen Herden geführt und für gründlichste Aufklärung der Massen gesorgt werden, aber dies allein reicht nicht hin, es muß auch in die Kammern der großen Trusts, der Industriekonzerne und Bankmagnaten hineingeleuchtet und es müssen die wahren Väter des Faschismus entlarvt werden, die überall, in allen kapitalistischen Staaten die geheimen Nebenregierungen sind, die in Wahrheit das Schicksal der Massen lenken und denen der Faschismus als das Werkzeug erscheint, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse so umzulagern, daß sie die Alleinherrschenden werden.

Während gegenwärtig der Faschismus Deutschland für die Durchsetzung seiner Pläne und Absichten hält, bildete noch vor kurzem Oesterreich seinen Hauptangriffspunkt. Mit dem Rücktritt der Regierung Ender schließt eine elf Jahre umfassende Periode rücksichtslosen, angriffsunfähigen Regierens gegen die Sozialdemokratie und damit gegen die Arbeiterschaft ab. Das Ergebnis ist eine ungeheuerliche Katastrophe, die Folge der Reihe von Bankzusammenbrüchen, zuletzt und entscheidend: des Zusammenbruchs der Kreditanstalt, der Besitzerin und alimächtigen Herrscherin über drei Viertel der österreichischen Industrieunternehmen, deren Krach dem Staat auf viele Jahre hinaus die folgen-schwersten und brüdensten Bindungen auferlegt. Bis fast in die allerletzte Zeit hinein lautete das Credo aller der einander ablösenden bürgerlichen Regierungen: „Antimarkismus“. Im Sinne des Bürgertums hieß dies: los gegen die Erzeugnisse und Postionen der Arbeiterschaft! Alle möglichen Abenteurer, notorische Verbrecher und Dummköpfe wurden gesammelt, die Heimwehr organisiert, der die Aufgabe zufallen sollte, die Arbeiterbewegung niederzuknappen. Ein blutiger blutiger Bürgerkrieg, das schien den Zeitpunkt und mehr noch vielleicht seinen Hintermännern die Sprengung der Gewerkschaften, die politische Wehrlosmachung der Arbeiterklasse schon wert zu sein. Diese Hintermänner aber das waren die Industriekapitäne, die „Wirtschaftsführer“, die Generaldirektoren und Verwaltungsräte der Banken, eben jene, die Oesterreich in den Abgrund gestürzt haben. „Markismus“, das war die „finnlose“ Verschleuderung öffentlicher Gelder und das Streben nach menschenwürdigeren Löhnen, „Antimarkismus“, das war ihnen der Kampf gegen die Kollektivverträge, gegen den Arbeiterschutz und für die Befestigung der sozialen Erzeugnisse.

Wer in diesen Jahren die im Dienste und Solde dieser „Wirtschaftsführer“ stehende bürgerliche Presse las, der konnte, wenn er nicht genug war, glauben, daß die Sozialpolitik und die „hohen Löhne“ das Land auslügen, die Wirtschaft verarmen, so daß selbst die Bankherren, die Verwaltungsräte ein erdbebensreiches Leben sondergleichen führen müssen und ihnen gerade nur noch so viel an Substanzmitteln verbleibt, um die Ausrüstung und Bewaffung der Heimwehverbände mühselig zu finanzieren. Seither ist an der glorreichen Führung dieser Protokollen der Heimwehverbände eine ganze Reihe von Banken elendiglich verkracht, so die Verkehrsbank, die Depositenbank, die Unionsbank und die Bodenkreditanstalt, deren Krach wieder eine große Anzahl von Unternehmungen mit ins Verderben gerissen hat, wodurch zahlreiche Arbeiter und Angestellte brotlos geworden sind.

Wie erging es nun aber den Direktoren und Verwaltungsräten dieser bankrott gewordenen Banken? Sie freilich wußten sich ins Trockene hinüberzuretten. Von der Verkehrsbank wurden die Direktoren — wir folgen hier der Darstellung eines Artikels in den „Evidovs Roviny“ — von der Bodenkreditanstalt übernommen, sei es als leitende Direktoren oder als Pensionisten und nach dem Bankrott der Bodenkreditanstalt übernahm die Kreditanstalt die gesamte Kasse.

Jetzt nach dem Sturz der Kreditanstalt, just in dem Augenblick, da die Regierung das große Defizit im Staatshaushalte durch die höhere Besteuerung von Tee, Kaffee und der Tabakfabrikate zu decken suchte, ist es lehrreich, das Einkommen etlicher dieser Herren Revue passieren zu lassen. Da ist der Generaldirektor **Neurath** vor allem. Sein Einkommen wird auf eine Million Schilling, das sind fünf Millionen Kr jährlich geschätzt. Er ist Präsident, Direktor beziehungsweise Verwaltungsrat in 58 Unternehmungen und überall hat er sich die Tantiemen fest gesichert, ohne Rücksicht darauf, ob das Unternehmen prosperiert oder passiv ist. In Oesterreich erhalten die Verwaltungsräte nämlich unter allen Umständen ihre Tantiemen, auch dann, wenn das Unternehmen passiv ist und den Aktionären keine Dividende gezahlt wird. Als zweiter ist der vor kurzem nach Paris hinüberverlegte Direktor **Ehrenfest** zu nennen. Er war bis zu seinem Abgang Tantiemenbesitzer aus 59 Unternehmungen, er hat nicht weniger als der Herr **Neurath** ins „Bedienen“ gebracht. Der Direktor **Deutsch** mußte mit 51 bezahlten Verwaltungsratsstellen sich bescheiden und der Direktor **Stransky** mußte gar nur mit einem Hungerlohn aus den Tantiemen, die ihm aus 12 Verwaltungsratsstellen zufließen, vorlieb nehmen. Vellagenswert ist sicher auch das Los des Direktors **Heinsheimer**, der es bloß auf 32 Verwaltungsratsstellen zu bringen vermocht hat. Doch ernst gesprochen: das sind die Herren, welche die aus den Geldern der Banken und Industrieunternehmungen bestohene Presse über die hohen sozialen Lasten Klageslieder anstimmen ließen! Das sind die Raubritter der heutigen Gesellschaftsordnung und sie sind wahrhaftig nicht nur in Oesterreich zu Hause!

Mit ihrer Aufzählung ist aber die Liste dieser Parasiten am Wirtschaftskörper nicht erschöpft. Da ist z. B. die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, eine der im Konzern der Kreditanstalt stehende Unternehmung, die jahrelang zum Zwecke der Erpreßung einer staatlichen Subvention Sabotage betrieb, bis es ihr gelang, die österreichische Regierung zu einem Vertrag zu zwingen, der ihr eine jährliche Subvention von 2.500.000 Schilling, das sind von ungefähr zwölf Millionen Kr sicherte. Diese angeblich notleidende Gesellschaft hat einen Generaldirektor, der jährlich 288.000 Schilling als Gehalt bezieht, dann 12 Direktoren, jeder davon mit 60.000 Schilling, zusammen mit 720.000 Schilling jährlichem Einkommen und 12 Direktoren-Stellvertreter mit je 42.000 Schilling Einkommen. Fünfundzwanzig Direktoren — nicht die größte Ozean-Schiffahrtsgesellschaft

kannte sich einer solchen Fülle von Direktoren rühmen! Da sind schließlich noch die **Steuerverwerke**, die seit Jahren passiv sind. Direktor ist ein Herr **Garr**. Der nahm seinen Bruder, einen noch jungen Mann als Volontär in das Unternehmen; schon nach einem Jahre war der Jüngling Direktor und nach weiteren zwei Jahren ließ er sich pensionieren. Für die drei Jahre „Arbeit“ bezog nun der junge Mann eine Pension von 400.000 Kr jährlich — bis an sein Lebensende. Wenn man aber einen fürsorglichen Bruder in diesen Kreisen besitzt, braucht man nicht beschäftigungslos herumzulaufen und so wurde er, im vollen Besitz seiner Pension, Direktor der Steyerischen Magnesiumwerke, mit

### Förderung des Außenhandels.

Das Bewußtsein, daß unsere Handelspolitik veraltet ist und daß der Staat gerade in den letzten Jahren seiner Aufgabe, die Ausfuhr mit allen Mitteln zu fördern, nicht in genügendem Maße nachgekommen ist, ist allgemein. Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn endlich der Anfang zu einer kräftigeren Unterstützung unserer auswärtigen Handelspolitik gemacht wird, wie dies durch den „Gesetzentwurf über die Unterstützung des auswärtigen Handels“ geschieht, der gestern dem Abgeordnetenhaus vorgelegt worden ist.

Der Gesetzentwurf enthält zweierlei: staatliche Förderung der Kreditversicherung und eine staatliche Garantie für Exportkredite. Was zunächst die Kreditversicherung betrifft, wird ein staatlicher Fonds geschaffen, der bei Versicherung von Exportkrediten gegen Verluste mitwirkt, welche den Versicherungsanstalten dadurch entstehen, daß tschechoslowakische Forderungen an das Ausland nicht eingetrieben werden können. D diesem Fonds gewährt der Staat jährliche Zuschüsse und zwar im ersten Jahre eine Million Kronen, in den weiteren Jahren fünf Promille der versicherten Werte und zwar mindestens 250.000 Kronen höchstens aber eine Million. Solange das Vermögen des Fonds nicht die Höhe von hundert Millionen erreicht, garantiert der Staat für Verpflichtungen des Fonds bis zu diesem Betrage. Die Agenden des Fonds werden von einer Kommission besorgt, in der Vertreter des Staates und verschiedener wirtschaftlicher Körperschaften sitzen.

Bisher war die Kreditversicherung in der Tschechoslowakei eine private Einrichtung, wie es auch in allen übrigen Ländern bis vor wenigen Jahren gewesen ist. Die Versicherung von Krediten wurde um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts aufgenommen, hat sich aber nur langsam durchsetzen können. Die Versuche, die im alten Oesterreich noch vor dem Weltkrieg gemacht wurden, waren bedeutungslos, erst seit 1927 besaßen sich in der Tschechoslowakei Versicherungsgesellschaften mit derartigen Geschäften. Es hat sich aber gezeigt, daß die Versicherungsanstalten diese Aufgabe nicht lösen können, und so ist schon als erstes Land England im Jahre 1919 mit staatlichen Mitteln den Privatgesellschaften beigegeben, es folgten dann Dänemark und Schweden, Belgien, Finnland und Holland, Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien, Oesterreich, Polen und Japan. In diesen Ländern wurden zu diesem Zwecke entweder eigene Versicherungsgesellschaften gegründet oder übernahm der Staat die Haftung für das Defi-

einem Jahreseinkommen von 100.000 Schweizer Franken, das sind etwa 655.000 Kr! Insgesamt schöpft dieser junge Mann den von der Arbeiterschaft geschaffenen Mehrwert in der Höhe von über einer Million jährlich ab! So sehen sie aus, die Herren Antimarkisten und Förderer des Faschismus! Man begreift, daß sie an der Festigung des kapitalistischen Systems, sei es auch durch einen Bürgerkrieg, das größte Interesse haben. Umso deutlicher muß die Arbeiterschaft erkennen, welchem Ziele der Faschismus, wie immer er sich verkleidet, zutreibt und welchen Zwecken das Geld dienen soll, mit dem er von den Briganten der kapitalistischen Wirtschaft joustiert wird.

### Währisch-schlesische Landesvertretung.

Der zweite Teil des Gesetzes enthält nun eine andere Form der Förderung des Außenhandels und zwar eine staatliche Garantie für Exportkredite. Der Staat übernimmt da die Garantie für einen Teil der Verluste, die tschechoslowakische Exporteure an ihren Forderungen, die aus der Lieferung von tschechoslowakischen Waren entstanden sind, erleiden. Hierbei muß der Exporteur mindestens 25 Prozent des Verlustes selber tragen und die Gesamtsumme, für die die Garantie übernommen wird, beträgt 1500 Millionen Kronen. Diese Einrichtung, die nun auch bei uns getroffen wird, ist gleichfalls zuerst in Großbritannien, welches unter der Verminderung seiner Ausfuhr seit dem Ende des Weltkrieges besonders leidet, eingeführt worden und Deutschland ist dann nachgefolgt. Ebenso wurde dieses System in Frankreich, Belgien und Italien eingeführt. Für Gewährung dieser Garantie wird überall eine sogenannte Garantiefondsdotation eingehoben.

Die beiden neuen Einrichtungen haben den Zweck, die Folgen der Wirtschaftskrise durch Behebung der tschechoslowakischen Ausfuhr zu mildern und den Arbeitern in der Exportindustrie Arbeit zu schaffen. Gerade jetzt zeigt es sich, daß die Ausfuhr in einer Reihe von Ländern Europas, in die die Tschechoslowakei seit Jahren ausfuhrte, zurückgegangen ist und daß dafür in Kolonialländern Ersatz gefunden werden muß. Das wird naturgemäß dadurch erleichtert, daß der Staat die Garantie für den Teil der Verluste übernimmt und daß er die Kreditversicherung, welche für den Exporteur das Risiko vermindert, leichter möglich macht. Es ist allerdings daran zu zweifeln, ob es nicht besser gewesen wäre, eine staatliche Kreditversicherungsanstalt zu schaffen, als den Privatgesellschaften das Geschäft leichter zu machen. In dem Motivbericht, welcher dem Gesetzentwurf beigegeben ist, wird das damit begründet, daß die Kreditversicherungsanstalten schon einen fertigen Apparat haben und daß die Errichtung einer eigenen staatlichen Anstalt kostspieliger wäre, als wenn man diesen Privatapparat in den Dienst öffentlicher Interessen stellt.

Das Gesetz hätte schon längst vorgelegt werden sollen, aber die sich dagegen am meisten geäußert haben, waren die Nationaldemokraten, die politischen Vertreter der Industriellen! Die Opposition der nationaldemokratischen Partei gegen den Gesetzentwurf rührt daher, weil der Herr **Kramar** es nicht zulassen wollte, daß der Staat den Außenhandel auch mit Sowjetrußland fördere. Im Gesetzentwurf steht natürlich darüber, ob der Export nach Sowjet-

rußland die neuen Begünstigungen gleichfalls genießen soll, nichts, aber das ist naturgemäß selbstverständlich. Die Exportindustrie wird wenig Lust haben, die romantischen Schreuler des Herrn **Kramar** zu bezahen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß eine gute und vernünftige Durchführung des Gesetzes, das zweifellos vom Abgeordnetenhaus angenommen werden wird, mancher Exportindustrie eine kleine Hilfe bringen kann. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die alten Mittel der Privatwirtschaft versagen und daß nur durch ein Eingreifen des Staates und der öffentlichen Körperschaften die Folgen der schweren Weltwirtschaftskrise gemildert werden können.

### Sen. Pipal zum Rechnungsabluß. — Periodenfragen.

**Brünn, 18. Juni.** (Eigener Bericht.) Gegen Ende der gestrigen Sitzung der Landesvertretung kam namens unserer Fraktion

**Genosse Pipal** zu Wort, um an dem vorliegenden Rechnungsabluß Kritik zu üben. Wir werden darüber noch berichten.

Nach dem Schlusswort des Finanzreferenten wurde in der heutigen Sitzung zur Abstimmung über den Rechnungsabluß geschritten, der zur Kenntnis genommen wurde. Die Landesvertretung befähigte sich hierauf mit einer großen Zahl verhältnismäßig weniger wichtigen Vorlagen, kleineren Finanzoperationen, Regulierungsangelegenheiten und Adaptierungen bei Landesanstalten, die alle ohne größere Debatte zur Kenntnis genommen wurden. Schließlich wurde auch die Debatte über die zahlreichen vom Landesauschuß beantragten Reorganisationen von Landesangehörigen eröffnet, doch mußte die Abstimmung wegen mangelnder Präsenz auf morgen vertagt werden. Nachmittags begaben sich die Mitglieder der Landesvertretung nach **Prain** zur Besichtigung des Baus der Laßperre. Die 11. Tagung der Landesvertretung dürfte morgen geschlossen werden.

### Beratungen der Wirtschaftsminister.

**Prag, 18. Juni.** Heute nachmittags fand eine Sitzung der Wirtschaftsminister statt, in der über die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit **Ungarn** und mit **Polen** beraten und Direktiven für die Unterhändler festgelegt wurden. Ueber die mit der Regelung der Getreidewirtschaft zusammenhängenden Fragen wurde in diesem Kreise nicht verhandelt. Diese Angelegenheit bildet in den letzten Tagen vielmehr Gegenstand eines fortlaufenden Meinungsaustausches der beiden Ressortminister für Landwirtschaft und Ernährung.

Morgen nachmittags tagt der Ministerrat, dem eine Sitzung der Personalminister vorangeht.

### Sinter englischem Stadeldbraht.

Von **August Wostupatsch**.

Die Beschäftigten in der Küche, alle zur Hilfeleistung der Kranken angestellten Wärter, die auch die Reinhaltung des Gebäudes besorgen, sind Internierte. Inner ihnen hat es Spindel, die den englischen Aufsichtsorganen dienlich sind den armen Teufel demüthigen, der etwas verstanden will und sich vertrauensvoll bei ihnen Ratsschläge holt. — Solch ein Landemann besorgt gegen gute Bezahlung alles; der sich leisten kann, füttert jeden Abend seine „Eier mit Schinken, ein zart gebratenes Steak“ oder einen „Kostbraten“. — Hat er kein Geld, so begnügt sich der Hilfsbereite mit „Schiffsmodeellen, mit in Plastik gebauten Schiffen, geschmückten Kaffeetassen“ und anderen Sachen, die der Betrücker in die Heimat als Andenken nehmen wollte.

„Das? — Mein lieber Freund, das nehmen die die Engländer bestimmt weg; ist schon besser, du läßt dir dafür einige Beefsteaks braten“, und eingeschüchelt durch den drohenden Verlust, wird das herrlich gedante Kriegsschiffmodell in ein paar Stück Fleisch umgelegt und erst wenn die anderen mit ihren nicht konfigurierten Modellen das Auto besteigen, wird ihnen klar, daß sie einem Bauernfänger aufgefressen sind.

Einer der fünf Juridgeliebten wohnt auf meinem Zimmer; er ist gebürtiger Remeler und fuhr als „Bantry Smart“ jahrelang auf einem „Null-Boot“ zur See.

Der informierte mich gleich am zweiten Tag über die Gefährlichkeit eines allzu offenen Wortes.

„Es sind ja feilschende Kerle unter ihnen, die einem mit ihrem Herzblut helfen wollen; die können natürlich nicht für die paar Schanzen, die ihr eigen Blut hochgerigert ans Messer liefern.“

In vorsichtigem Sit und Her rüde ich mit den in meinem Ledergürtel versteckten Briefen heraus. „Wem könnte ich den Gürtel am Tage der leidlichen Untersuchung anvertrauen und wie kriegt ich sie durch?“ — „Den gibst du mir und du besorgt die Kostenträger; komm, wir gehen sofort nach dem Store welche holen.“

Hatte ich eine Dummheit gemacht, so war es zu spät; dieser Schoden ließ sich nicht mehr reparieren.

Die Kostenträger des Remeler rissen wir mitten auseinander und ohne viel zu fragen erhielt ich ein paar neue; Mittelstätt trug nun den Gürtel, aber die qualende Ungewißheit blieb und vergaltete mir jede Stunde.

Morgen fahren wir; der Remeler war ehrlich und es war gut, daß ich ihm folgte. Ein Einziger sollte von unserem Transport zurückbleiben, einer, der versicherte, er würde sich sofort nach Heber-Abrechnung der Grenze freiwillig an die Front melden. Nur einer der dienstbaren Geister konnte den Angeber gemacht und diese Lumperei begangen haben und wenn der Unvorsichtige nicht gar so ein jämmerlich körperliches Wraak gewesen wäre, hätte ihm diese kindische Aeußerung die Heimkehr gekostet.

Könnte man nur solch einem schuftigen Subjekt die dreifache Schnauze zerfropfen! — Aber von den Kranken ist's keiner in'stande und schließlich erfährt einer niemals den Namen, den der Engländer auch nur verachten wird.

Ich sage, das Kind in der Rechten vergraben, am Fenster: in dreien, langgezogenen Reihen fliegen die Totengräber der Felder nach ihren in den Pappeln liegenden Horsten. Schauerförmig und mit einem Gefäch, das jeden anderen von draußen kommenden Laut erstickt, umkreisen sie die Gipfel der Bäume und bäumen immer wieder von den Ästen hoch, auf die sie sich kurz zuvor niedergelassen haben.

Ich bin unfähig, ruhig zu denken; nur Bruchstücke aus der Erinnerung tauchen auf, blühschneef-

schwindende Gedanken, und dazwischen summt eine Melodie: „Wenn der Frühling kommt, es blüht der Flieder.“

Hellweiß steht am Himmel die stärker gewordene Mondspiegel, während auf der anderen Seite der Blutkreis der untergehenden Sonne immer größer wird. Vom Zuhorden und Fensterbreit ist das hellglänzende Geld verschwunden und rot, wie mit Blut überspritzt, ist das dunkle Land des an der Mauer hochfrierenden Erbens.

Utten im Erdgeschoß dimmelt eine Glocke; ich bleibe am Fenster sitzen und schaue nach dem Gezweig der Pappeln, in denen es von Kräben wimmelt, und die noch immer frischen Jubel erhalten.

Gern verzichte ich auf das letzte, von den Engländern spendierte Abendbrot; dafür soll mir aber morgen die Rote Kreuz-Schwester auf der „Prinzess Juliana“ die Anerkennung ob meines guten Wagens nicht verlagen.

Nur ein kleiner Teil der Sonne gukt noch über die Ebene hinweg und die eng beisammenstehenden Pappeln verschwimmen zu einem großen, schwarzen Klumpen; dichter wird die Dunkelheit im Zimmer und mit leichtem Gemüt wie noch nie, kriech ich unter die Decke.

Noch liegt ein totes Graun auf der Erde und andeutungslos, als ob in ihnen kein Leben existiere, stehen die Pappeln.

Schon angeleitet stehe ich am Fenster und schiebe meine beiden Hände in den Ledergürtel, in dem die mir anvertrauten Briefe noch stecken. — Meinen „Ziepher“ hat Mittelstätt erhalten, und zwar freiwillig für seine Unterstützung.

Wie durch ein ungefehrtes Fernrohr sehe ich die in der Gefangenschaft verbrachten Jahre, merke nicht, wie der graue Morgen heraufzieht und die Pappeln lebendig werden. Und lebendig wird's auch in dem alten Gebäude, von dem ich außer einigen verwitterten Grabsteinen im Hofe nichts weiter sah.

Die Sterne am Himmel sind matt hell geworden, puffen wie eine im Verlöschen begriffene Lampe noch paarimal blinzeln auf. — Das feine Geld wird dunkel, nimmt eine rosa Färbung an. — „Breakfast!“ — Ich wende mich vom Fenster und schreite zur Tür, hinter der schon das Klappern von Krüdstöcken auf dem Steinfließen hörbar ist.

Wieder sitzen wir in dem gewölbten Speiseraum und nervös zitternde Hände greifen nach den blanken Blechtassen, stecken haltig das Brot in die Taschen. — Man hat das Gefühl, als ob die Wände näher rücken, einen festhalten wollten.

Wie eine Schnecke, die schleimige Spuren zurückläßt, kriecht die Zeit dahin. — Endlich; — viel zu lange für unsere rastlose Ungeduld kommt der feierliche Moment.

Mit dem leichteren Gepäc in der Hand, treten wir aus dem Gebäude. Ich schaue herauf und sehe ein blitzschnell zurückweichendes Gesicht; war es Mittelstätt oder ein anderer der Unglücklichen, die kleinliche Denken, engstirniger Bürokratismus in letzter Stunde von dem Betreten des Schiffes zurückdrückte und jetzt festhält?

Verstohlen schaue ich noch ein paar mal nach oben; doch das Fenster bleibt leer, niemand ist mehr zu sehen.

Die Kranken, nicht Marichfähigen werden in ein Auto verladen und wir übrigen marschieren unter Obhut „Bajonett auf“ tragender Soldaten durch die noch schlafende Stadt.

In den geräumigen Dodanagen ist es still; auffallend die große Zahl von „Blue boys“, die mit der Karte in der Hand Posten stehen, und kaum beachten.

Inner nur Einer darf den Ausgang zum Dampfer passieren und jeder muß an dem Offizier vorbei, der das Namensverzeichnis in der Rechten hält, strenge kontrolliert und bei Einzelnen Stichproben macht, um sich von der Richtigkeit der passierenden Personen zu überzeugen.

(Schluß folgt.)

# Auf zum 2. Arbeitersängerbundesfest! 27.—29. Juni 1931 in Bodenbach.

## Parlamentsplenium.

### Debatte über das Staatsgefängnis.

Prag, 18. Juni. Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses leitete am Nachmittag der Nachfolger des Nationalsozialistischen Knezlik (der sein Mandat niedergelegt hat), Abg. Sofronik die Angelobung, worauf das Haus in die Beratung des Regierungsentwurfes über das Staatsgefängnis einging. Referent war der Nationaldemokrat Dr. Franka, der die Dringlichkeit der Verabschiedung der Vorlage betonte, die schon im Jahre 1921 verprochen worden sei. Der Ausschuss habe sich nach längeren Verhandlungen dazu entschlossen, die Delikte, die mit Staatsgefängnis bestraft werden sollen, im Gesetz nicht taxativ aufzuführen, sondern eine allgemeine Definition zu geben. Die beabsichtigte Rückwirkung auf Strafen oder noch nicht verhängte Strafen wurde auf Strafen beschränkt, die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes drei Monate übersteigen.

Drei oppositionelle Redner, Törköh, Kavassj u. Jablonickj gaben im wesentlichen ihre Zustimmung zu der Vorlage, wenn sie auch noch auf verschiedene Mängel hinweisen konnten. Dr. Gaffold (D. Nat.) beschwerte sich über die in der Vorlage vorkommende Wendung „Jamt“ und darüber, daß keine bindenden Vorschriften für die Gerichte bestehen, wenn auf Staatsgefängnis erkannt werden müsse. Zwei Kommunisten beschäftigten sich ausschließlich mit dem Untersuchungsausschuss, wobei namentlich Stern in heftigsten Angriffen gegen den Justizminister seine — auch sonst nicht gerade heinen — Durchschnittsleistungen auf diesem Gebiet noch wesentlich übertrifft. Seine Rede wurde an mehreren Stellen nachträglich sensurisiert.

Dann wurde um halb 8 Uhr abends die Debatte abgebrochen und auf morgen Freitag 10 Uhr vorzeitig vertagt.

## Es liegt an dem System!

Daß wir mit der in unserem gestrigen Leitartikel ausgesprochenen Ansicht von der Schuld des Systems an den Korruptionen nicht allein basten, beweisen auch tschechische Blätterstimmen. In ganz ähnlicher Weise wie wir spricht sich das Regionalorgan „Korodni Osobodzenj“ aus, das auf die Notwendigkeit der Pressegesetzreform hinweist und u. a. sehr richtig schreibt:

„Bedeutend ist, daß dieses System dem Stibrun durch zwei Gesetze ermöglicht wurde, an denen er als Mitglied der allmächtigen Böhmisch-tschechischen Partei die Pressegesetznovelle und das Gesetz über die Verfolgung von Bestechungen und Beschaffung unangenehmer Nachrichten über amtliche Handlungen und den Inhalt der Akten. Bis zum Jahre 1924 (der Pressegesetznovelle) entschieden über Bestechungsdelikte, die Geschworenen und da konnte sich niemand eine Klage erlauben, der Güter am Kopfe hatte. Die Pressegesetznovelle verlangte im ursprünglichen Wortlaut zur Straflosigkeit die vollen Wahrheitsbeweise, über Einschreiten der Regionalabgeordneten wurde aber in den Entwurf die Bestimmung aufgenommen, daß auch der Wahrheitsbeweis genügt, wenn der augenscheinliche Zweck ersichtlich ist, vor allem das öffentliche Interesse zu wahren...“

Infolge der angeführten Bestimmungen mußte im Falle Stibrun das Gesetz über die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses angewendet werden, welches auch in Fälle deut, wo das ordentliche Gericht höher nachfolgt. Der Gesetzgebungsschreiber, als die höchste Kontrollinstanz der öffentlichen Verwaltung hat sich das Recht der Vorlage aller Akten und die Pflicht der Beamten zur Auslage vorbehalten; dieses Recht wurde auch im Falle Stibrun benützt...“

Das Blatt führt dann an, daß in Jugoslawien unter dem diktatorischen Regime die Pressefreiheit soweit getrieben ist, daß auf gewisse Pressedelikte Todesstrafe und mehrjähriger Kerker steht (das letzte übrigens auch in Ungarn) und sagt sehr treffend:

„Die Ehre kann nur für den das teuerste Gut sein, das sie hat und der sich sie wählt. Der Ehrenschutz jener, die mit der Ehre hantieren und verschiedenen Vorteilen den Vorzug geben, ist gegen das öffentliche Interesse und daher unberechtigt.“

Was beim „Korodni Osobodzenj“ als einem ziemlich verlässlich fortschrittlichen Blatt nicht wunder nimmt, muß in der nationalsozialistischen „Korodni Politika“ doch Staunen erregen und als ein Zeichen der Befehrung gedeutet werden. Sogar dieses Blatt, das Gut und Böse gemeinhin nur an dem Maßstab der nationalen Zugehörigkeit mißt, erkennt angesichts des Riesenhandels, daß manches im Staate faul ist, und läßt sich über die Notwendigkeit „reiner Hände“ u. a. folgendermaßen vernehmen:

„Nebst als einmal wird man über diese Konjunktur den Kopf schütteln. Seitern war einer noch nichts und heute wieder: er sich ein ganzes Zwischwort in der Hauptstraße und richtet es luxuriös ein. Einem anderen Konjunkturgläubiger war bis vor kurzem ein Hundertei viel Geld und heute taugt er Grundbesitzer, hat

eigene Wälder und Jagden. Bis gestern hatte er nichts, um es in seine Bücher zu schreiben und heute hat er Millionen.“

Das alles nützt nichts, man kann sich nicht helfen. Diese reinen Hände des einstmalig Begünstigten drängen sich immer wieder den Gedanken auf. Der Wahrheit alle Ehre! Wir hatten Männer mit überaus reinen Händen. Man erinnere sich nur der verstorbenen Führer der Nation und hunderttausender ihrer Mitarbeiter in Dörfern und Städten. Die haben uns hochgebracht, die brachten uns die Emancipation der Selbständigkeit.

## Unerbittliches Schlusswort Koudellas.

### Er beharrt auf seinen Anträgen. Zusammenstoß mit Stibrun.

Prag, 18. Juni. Heute vormittags hielt der Referent des Untersuchungsausschusses Genosse Koudella sein Schlusswort zu der Affäre Stibrun, die nun schon seit geraumer Zeit das Interesse der Presse und der Öffentlichkeit so in Anspruch nimmt, daß selbst die Wirtschaftsvorgänge in den Hintergrund zu treten scheinen. Koudella lehnte die gestern vorgebrachten Verdächtigungen von Seiten Stibrun auf das Schärfste ab, befaßte sich ausführlich mit den von der Opposition in der Debatte vorgetragene, alles eher als sachliche und unvoreingenommene Kritik und zerprüfte dann in einer eingehenden Darstellung die gestrige Verteidigungsrede Stibrun.

Als er dabei die Bankrottis der Gebrüder neuerdings eingehender analysierte, verlor Stibrun ansehender seine Nerven und schleuderte dem Berichterstatter die Beschimpfung „Impertinenz“ entgegen, worauf ihm dieser klipp und klar bedeutete, er habe hier nicht herumzuschimpfen, und wenn es ihm hier nicht gefalle, so könne er ja gehen. Stibrun wandte sich noch an den Vorsitzenden, der ihm selbstverständlich erklärte, daß er nach dem Schlusswort im Ausschuss nicht mehr reden könne; er werde dazu noch im Plenum Gelegenheit haben. Daraufhin rauschte Stibrun tief gekränkt zur Tür hinaus.

### Der Referent verliest u. a. eine entschiedene Erklärung des Ernährungsministers Bechnj

gegen die Behauptung Stibrun, als ob Bechnj den sogenannten Erbsenvertrag mit Stejsfal, der von Dr. Franka als Eisenbahnminister unterschrieben worden war, aufgehoben und erst dann wieder anerkannt habe, als es dem jetzigen Sachverständigen Bohryzel gelungen sei, von Stejsfal die Abtretung eines Kontingents von 33.000 Tonnen an die Anthrazit-Gesellschaft zu erhalten. Bechnj erklärte, er habe die Aufhebung des Vertrages nach seinem Amtsantritt zwar in Erwägung gezogen, aber nach einem Gutachten der Rechtsabteilung des Ministeriums sowie nach Beratung dieser Frage mit dem Verwaltungsausschuss der Staatsbahnen wieder aufgegeben und zwar aus Gründen der Rechtsverbindlichkeit des Vertrages. Von Verhandlungen mit der Anthrazitgesellschaft ist ihm nichts bekannt; sie konnten also auf seine Erwägungen keinen Einfluss nehmen, zumal es ja überhaupt nicht zur Aufhebung und nachfolgenden Wiederanerkennung des Vertrages gekommen ist.

Bezüglich der Anfragen, warum die Mitglieder der Finanzkommission der nationalsozialistischen Partei nicht einberufen wurden, erklärte Koudella, der Ausschuss habe nicht gefunden, daß dies für das Ziel der Untersuchung notwendig sei.

Sehr scharf geht Koudella gegen die kommunistischen Behauptungen vor, daß die Genossen Bohl und Prozil von den Verträgen bezüglich der Autösjowier Kohle gewußt hätten. Er verwirft darauf, daß die Kohlenförderung in Autösjow gerade vom Streikausschuss des Reviers Radno gefordert wurde, der damals vollkommen von Kommunisten beherrscht war, und daß der Zentralstreikausschuss, dem die beiden Genannten angehörten, über Einschreiten des Revierausschusses schließlich nur ungern unter den bekannten Randelen seine Zustimmung gegeben habe.

In sehr zutreffender Weise setzt sich Koudella später mit der merkwürdigen Eigenschaft des Gedächtnisses des Herrn Stibrun auseinander, immer dann zu versagen, wenn die Geschichte für ihn unangenehm wird, während er sich andererseits auf die kleinsten Details zu besinnen weiß, wenn er dadurch eine Zeugnisaussage abschwächen kann. Diese Vergeßlichkeit sei besonders in dem Ehrenbeleidigungsprozeß gegen den Redakteur Dyma zutage getreten; Koudella jögere nicht zu erklären, daß hier seiner Meinung nach ein sehr ernstes Delikt vorliegt.

Von Stibrun's angeblichem Kampf gegen das Strauer Kohlentortell bleibt unter der Lupe des Referenten nichts übrig. Wenn sich Stibrun auf die Vereinbarung der feinerzeitigen Koalitionsparteien über die Kohleneinfuhr berufe, so habe der Referent nichts gegen die Anforderung des Protokolls durch den Ausschuss.

Zur Wagonlieferungsaffäre bemerkt Koudella später, daß die Akten über das erste Angebot Zichron's und über den ersten Vertrag gestohlen worden seien!

Die gute alte Sitte war direkt Bedingung für die Reinheit der Hände. Haben wir heute weniger Reinheit? Gewisse Raffschicht beherrscht die Welt, darüber kann kein Zweifel herrschen!“

Es wäre zu wünschen, daß die entscheidenden Faktoren, das sind vor allem die Führer der tschechischen Agrarpartei, aus dem Fall Stibrun die richtige Lehre zögen. Aber gerade sie waren es bisher, die den wahren Schädlingen Deckung gaben und über Gefährdung des Staates immer dann schrien, wenn er nicht gefährdet war.

Bemerkenswert war der Schluss der Rede Koudella, in dem er klipp und klar erwiderte:

„Weder mir, noch dem Ausschuss, noch dem Hause steht das Recht zu, sich in diesem Zusammenhang mit den Strafgesetzbuchparagraphen zu befassen. Dazu ist das ordentliche Gericht berufen. Ihm sowie auch anderen zuständigen Behörden (offenbar ein Hinweis auf das Wahlgericht!) möge das von uns gesammelte Material übergeben werden, welches den schwersten Verdacht begründet, und diese Stellen mögen ihre Pflicht tun. Ich habe daher nicht nur den Mut, sondern auch die Pflicht, auf meinem Antrag zu bestehen, wie ich ihn am Schluss des Berichtes angeführt habe.“

Mit Rücksicht auf die Logung des Plenums mußte die Sitzung dann geschlossen werden. Am Abend befaßte sich die Koalition erneut mit der Angelegenheit. Im Hause verlautete, daß einzelne bürgerliche Parteien zögern, der ausdrücklichen Schlussformulierung des Referenten restlos ihre Zustimmung zu geben, daß Georg Stibrun das Ministeramt und sein Abgeordnetenmandat nicht wie ein ehrenhafter Politiker ausgereiße habe, und Bedenken hinsichtlich der Kompetenz des Ausschusses zu einem solchen Anspruch äußern. Da die Verhandlungen andauerten, wurde die Sitzung des Ausschusses für abends abgesetzt, wobei namentlich die Tatsache befreunden wirkte, daß der Termin der nächsten Sitzung nicht sofort festgelegt wurde. Nach einer unbestätigten Version sollen sogar noch die politischen Minister mit der Angelegenheit beschäftigt werden.

## Antwort auf die 16 Fragen.

### Eine Erklärung der nationalsozialistischen Parteileitung.

Der Vorstand des Zentralvollzugsausschusses der nationalsozialistischen Partei verleiht am Abend eine Erklärung, in der auf die bekannnten 16 Fragen reagiert wird, die die Stibrun-Presse seinerzeit als große Sensation veröffentlicht hatte, und die sich zumest auf die finanzielle Gebarung der Partei und einzelner ihrer Unternehmungen aus jener Zeit beziehen, als die Gebrüder Stibrun die Finanzminister der Partei waren. Jetzt, da Stibrun's Akten untersucht seien, erachtet es der Vorstand an der Zeit, „aus eigenem Antrieb der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie unbedeutend die Angriffe und wie grundlos die ständalisierten Fragen waren, durch die die Partei provoziert werden sollte.“

In den knappen Antworten wird u. a. von einem Beitrag von zwei Millionen für Wahlzwecke gesprochen, die Franz Stibrun aus den Gehältern der Diskontbank freimachen wollte. Das Anerbieten sei vom Parteivorstand nach der ausdrücklichen Verifizierung Stibrun's angenommen worden, daß das Geld aus realen Geschäften der Bank stamme. Der Partei sei jedoch niemals ein Zweimillionenbetrag ausbezahlt worden. Bei weiteren Dingen, die das Parteifinanz-Louvre, die Sanierung der Jednola der Genossenschaftensart usw. betreffen, verweist die Erklärung darauf, daß es damals immer Stibrun war, der betont und auch vor dem Parteivorstand sich immer dessen gerühmt habe, daß nirgends Unkorrektheiten vorgekommen seien und daß die Beiträge, die die Partei von den von ihr gegründeten Wirtschaftsunternehmungen erhielt, aus dem Reinertrag realer Geschäfte stammten.

Eine Frage hatte die angebliche Annahme von 100.000 K durch Dr. Beneš betroffen. Hiezu wird entschieden erklärt, daß Beneš weder direkt, noch indirekt und weder für sich noch für irgend eine seiner politischen Aktionen von den Stibrun's Geld gefordert oder erhalten habe. Es könne sich da nur um jene 100.000 K handeln, die Stibrun im Jahre 1924 zur Liquidierung des Brünner Verlages „Kramerius“ beigetragen habe.

„Wenn etwas Unkorrektes geschehen ist,“ heißt es zum Schluss der Erklärung, „so haben sich diese Unkorrektheiten ohne Wissen und gegen den Willen der Partei und nicht für sie, sondern für sich und ihre eigenen Aktionen Georg Stibrun oder sein Bruder Franz zu schulden kommen lassen.“

## Der 4. Jahrgang der Tribüne

wird mit einem Doppelheft: Mai—Juni eröffnet, das sich im besonderen mit dem Problem Sowjetrußland auseinandersetzt. Es enthält folgende Beiträge:

- Wir und Sowjetrußland.
- Desider Hort: Das russische Problem.
- K. Jugow: Der Fünftjahresplan in der Praxis.
- G. E. Graf: Strukturwandel der russischen Agrarwirtschaft.
- K. Jmnašewski: Die georgische Frage.
- K. Frank: Die deutsch-österreichische Zollunion im Spiegel der Wirtschaft.
- Karla Schwelb: Die Partei der Jugend.
- Kaz Bloch: Die Sozialversicherung in der Krise.
- Bemerkungen: Im Lichte des Sowjetsterns. — Österreichs Sondermission. — Nährwert Botschaft? — „Bewohnte Ansprüche“.
- Büchertausch.

Preis dieses Heftes 8 Kronen.

## Erneuert das Abonnement der Tribüne! Werbt neue Abnehmer!

Verleumdungen des Ministers Dr. Dörer. Die kommunistischen Blätter teilen den Jubal einer Interpellation mit, in der an den Minister Dr. Dörer die Anfrage gestellt wird, ob es wahr sei, daß er im Jahre 1930 von einer Zementfabrik in der Slowakei 160.000 Kronen erhalten habe. Der Minister erklärte, daß diese Behauptung eine Lüge sei und daß er die betreffenden kommunistischen Blätter klagen werde.

Krise und Reichsbank. Wir haben unlängst im Leitartikel darauf hingewiesen, daß die Ereignisse in Deutschland nicht ohne Bedeutung sind für die Festigkeit der Währung des Landes. Die reichsdeutschen Blätter veröffentlichen nun den letzten Ausweis der Deutschen Reichsbank, welcher die ziffermäßige Begründung der oben angeführten Ansicht enthält. Danach beträgt der Devisenverlust der Deutschen Reichsbank vom 1. bis 16. Juni 1927/9 Millionen Reichsmark, also über eine Milliarde Mark. Die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und Devisen, die noch in der Vorwoche 59,2 Prozent betrug, ist diese Woche auf 48,1 Prozent gesunken.

Beratung der Landesauschüsse der Tschechoslowakei. Am Freitag haben sich Landesauschüsse aus Böhmen, Mähren-Schlesien und der Slowakei in Brünn zusammengefunden, um Fragen der Selbstverwaltung zu beraten. In der Konferenz, welche im Sitzungssaal des mährisch-schlesischen Landesauschusses unter Vorsitz des Landesauschusses Prof. Dr. Prohazka abgehalten wurde, wurden alle Fragen der Selbstverwaltung durchbesprochen und insbesondere die Schwierigkeiten hervorgehoben, welche durch die Reform von 1927 für die Verwaltung entstanden. Das positive Resultat der Beratung war, daß aus den Landesauschüssen im gesamten Staate ein ständiger Ausschuss geschaffen werden wird, dessen Aufgabe es sein wird, die Wege zu gewissen Reformen in der Verwaltung zu bahnen und die Demokratie gegenüber den Uebergriffen der Bürokratie zu schützen.

Präsident Masaryk und das Pitter-Urteil. Der „Austral“, die Zeitschrift der Liga für Menschenrechte, bringt in ihrem eben erschienenen Mai-Juni-Heft neben anderen interessanten Beiträgen einen Brief zum Abdruck, den der englische Parlamentarier an den Präsidenten Masaryk gerichtet und den weitere Romain Rolland, G. B. Wells und G. A. Brown unterzeichnet haben. In dem Briefe heißt es zum Schluss:

„Es erscheint uns fassam, daß in der Tschechoslowakei Republik eine derartige Strafverfolgung überhaupt eingeleitet werden konnte; es erregt geradezu den Anschein, als ob hier der Vorwand für die Verfolgung eines bedeutenden Staatsbürgers abschließend gesucht worden wäre. Die Verhängung einer derartigen Strafe muß das Ansehen Ihrer Republik schädigen, und wir möchten Sie daher erlauben, Ihre Macht in der Weise auszuüben, Herrn Premysl Pitter von dieser Strafe zu befreien.“

Es ist sehr traurig, daß die demokratische Tschechoslowakei es bereits soweit gebracht hat, wie jene (zum Teil freilich verbündeten) Staaten, in denen recht- oder gnadenfindende Staatsbürger sich an die Humanisten des Auslandes wenden müssen, um durch deren Intervention ihr Los zu lindern. Bei uns sind die Fälle allerdings nicht so häufig, wie bei unseren lieben Verbündeten am Balkan; aber es wäre immerhin ein schönerer Patriotismus, als ihn die „Staats-erhaltenden“ hierzulande meist vertreten, durch das eigene Wirken solche Briefe aus dem Ausland überflüssig zu machen!

Tagesneuigkeiten

Ämtliche Bauernfängerei.

Wie Prag seine Mieter schützt.

Es gibt ziemlich viel ehrbare Menschen, die sich etwa auf folgende Weise ihr Geld verdienen: sie annoncieren, daß für eine junge Millionärin ein passender Gatte gesucht wird und daß Auskünfte gegen Einzahlung von zehn Kronen erteilt würden. ...

Somit nun das Mieterfängereis Jünerhöbungen gestattet, wurde auch immer bestimmt, in welchem Ausmaß diese Erhöhung in die Berechnungsgrundlage für die häuslichen Umlagen einbezogen werden dürfen. ...

Diese Abicht des Gesetzgebers, ja sogar der klare Wortlaut der Vorschriften war nicht maßgebend für die umlagendemessenden Trabanten des Herrn Primators: die Vorschriften für das Jahr 1929 enthielten fast ausnahmslos eine Berechnungsgrundlage, die gegen den Wortlaut des Gesetzes auch die ausgeschlossenen Erhöhungen umfaßte. ...

Der kleine Mann oder berstcht gewöhnlich nicht, welches Raffinement in so einem bescheidenen Zahlungsauftrag enthalten ist und wird der Gemeinde von seinen bescheidenen Mitteln etwas bezahlen, wozu er gar nicht verpflichtet ist. ...

W. L.

nachstehender Art: Die Sittlichkeit verlegenden Erscheinungen, wie Pornographie, Prostitution u. a. zeigt immer durch Zufahrt dem oben genannten Rat Prag I, ...

Sind wir nur so ungebildet, daß wir von der Existenz dieser Wiedererweckungsorganisation und von ihrem Rat? bisher nichts wußten? Oder ist das eine Neugründung, frisch entworfen den Bodenend-Rasen, die jetzt von den Kubalgendarmen unsicher gemacht werden? ...

Natürlich braucht man diese Wiedererwecker aber keineswegs überschätzen und jedenfalls muß man abwarten, ob und was man weiter von ihnen hört. ...

„Ehrenfest“

oder wie die Kapitalisten die Krise überleben.

Während sich die österreichischen Politiker noch die Köpfe darüber zerbrechen, wie sie den an der Kreditbank bankrott gewordenen Staat sanieren sollen, wird aus Wien eine „Affäre“ gemeldet, die einen tiefen Blick in die Kassenwelt der Banken öffnet. ...

Der Fall ist leider typisch. Er beweist, wie die Wirtschaftsführer, denen faktische Landruben den Staat und die Arbeiter vollends an Messer liefern möchten, tatsächlich die Wirtschaft führen.“ ...

Endlich ein Soldatenschinder verurteilt.

Püßen, 18. Juni. Der Soldat Andreas Gruber vom Reiterregiment Nr. 4 in Mattau war am 22. Feber d. J. desertiert. Als er nach fünf Tagen mit erfrorenen Füßen aufgefunden wurde, gab er als Grund seines Verhaltens Mißhandlung durch den längerdienenden Quasiführer Franz Horádel an. ...

Der Zugführer Horádel, der die ihm zur Last gelegte Mißhandlung im wesentlichen zugab, wurde zur Degradierung zum Soldaten sowie zu drei Monaten Einzelhaft, Kosten und hartes Lager verurteilt.

Wirbelfurm über Westfalen.

Zwei Tote, vierzig Verletzte. — Schwere Sachschäden.

Plettenberg (Westfalen), 18. Juni. Das Eisfeld zwischen Herscheid und Holzhausen wurde gestern abends von einem furchtbaren Wirbelfurm heimgesucht, dem zwei Menschen zum Opfer fielen. ...

„D X“ in Bahia.

Neu York, 18. Juni. (Reuter.) Das Großflugzeug „D. X“ ist um 12 Uhr 55 Minuten Ortszeit in Bahia eingetroffen.

Adolf Hitler, von Gottes Gnaden. Der Hohenzollernprinz August Wilhelm hat dieser Tage in Braunshweig in einer Versammlung gesprochen. ...

Zur Katastrophe der „St. Philibert“ wird aus Paris gemeldet: Da das Meer in jenen Gegenden, wo sich am Sonntag die Katastrophe des Dampfers „St. Philibert“ ereignet hatte, dauernd unruhig ist, gelang es bis jetzt nicht, die Stelle genau festzustellen, wo sich der untergegangene Dampfer befindet. ...

Hofier Polizeibeamter unter Diebstahlsverdacht. Das „Neue Wiener Extrablatt“ meldet, daß ein hoher Wiener Polizeibeamter im Zusammenhang mit Diebstählen, die seit längerer Zeit in der Polizeidirektion beobachtet wurden, von seinem Posten entbunden worden ist. ...

Erdbeben und Eruptionen in Japan. Bei den mitwöchigen Erdbeben wurden in Tokio sieben Personen leicht verletzt. In den Theatern und den Kinematographen riefen die Erderschütterungen große Erregung hervor. ...

Halbjahresarten für Geschäftsreisende. Mit der Ausgabe ermäßigter Halbjahresarten auf den Eisenbahnen für organisierte Geschäftsreisende und Vertreter wurde begonnen. ...

Donaudampfer gecheitert. Ein Schiff mit 20 Waggons Meis an Bord, das von Braila nach der Tschscholowaki auf der Donau unterwegs war, scheiterte bei Utenica. ...

Schmuggler tot. Aus Laachen wird gemeldet: Donnerstag früh wurde auf der Wittlicher Straße ein Schmuggler, der dreitausend Zigarillos bei sich hatte, erschossen. ...

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag.

Prag: 11.30: Schallplatten. 12.30: Mittagskonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Freie sprachliche Gestaltung in der Schule. ...

Die erste tschechoslowakische Sendeamateurin. Am 13. d. M. legte eine Sendeamateurin aus Teic in Mähren mit gutem Erfolge die Prüfung zur Erlangung der Sendelizenzen ab. ...

100 kW-Großsender für Wien beschaffen! Der Wiener Großsender ist endgültig in Auftrag gegeben worden. Die Station wird eine Sendeleistung von 100 kW besitzen. ...

Italiens Bevölkerungszahl. Nach den ersten Ergebnissen der italienischen Volkszählung vom 21. April d. J. beträgt die Bevölkerungszahl in Italien 42.118.435, d. i. um 6,1 Prozent mehr als am 1. Dezember 1921. ...

10.000 Kronen für ein Kind! Seht Euch die Anzeigen in den Zeitungen durch, sagt in jeder Nummer sucht ein kinderloses Ehepaar in den besten Verhältnissen ein Kind — diskreter Herkunft — gegen eine Abfertigung von einigen tausend Kronen an Kindesstatt zu übernehmen. ...

Richtig und die Raft. Ein Leser schreibt uns: Kürzlich hat Herr Max Rara u. a. als Zeugniss für die „deutschindische“ Politik der Sozialdemokratie von Marx bis MacDonald zwei Zitate angeführt, in denen einmal Beder, das anderemal Beder den Hohenzollern ein Sedon wünschten. ...

„Ich selber arbeite gegenwärtig an einem Anemonia für die europäischen Völk zum Zweck einer antideutschen Liga. ...

Richtig, der Abgott Hillers, der doch die Herrschaft der „blonden Bestie“, der nordischen Rasse vorgehakt und gefordert hat, als der geistige Vater der „Einkreisung Deutschlands“! ...

Brand eines Luxusdampfers. Aus Hamilton (Bermuda-Inseln) wird gemeldet: Am Bord des Rotordampfers „Bermuda“ brach ein Brand aus, ...

Selbstmord nach der Zeugnisabfertigung. In Budapest hat sich ein Mensch für den 6. Klasse beim Verteilen der Jahreszeugnisse in der Klasse erschossen, weil er aus der deutschen Sprache ein Ungenügend erhielt.

Der Nutzen der Schwalben. Die Schwalben, die zu unseren nützlichsten Hausvögeln zählen, verdienen vor allem anderen weitestgehenden Schutz, denn es ist fast ungläublich, was sie täglich an Insekten vernichten und aus damit eine große Plage erleichtern. In der ersten Zeit des Nistens fängt jede Schwalbe ungefähr 600 Fliegen und Mücken täglich, was im Monat die fittliche Zahl von etwa 20.000 Insekten je Schwalbennest ergibt. Sobald wärmer dann die Fütterung der Jungen beginnt, erhöht sich diese Zahl noch ganz bedeutend, weil die Aiten nun ständig nach Futter für die Jungen ausfliegen. Wird nun dieser Flug täglich 16 Stunden lang ausgeführt, so können von den beiden Tieren Tausende von Insekten eingebracht werden. Eine exakte Berechnung, die sich auf eingehende Beobachtungen gründet, ergab, daß, wenn beispielsweise fünf Junge im Nest sind, ein Schwalbennest zur Fütterung der Brut nicht weniger als 270.000 Insekten während eines einzigen Monats braucht. Die Gesamtzahl der Insekten, die die Schwalben alljährlich bei uns vernichten, beläuft sich daher auf viele Milliarden.

Die halbierte Bevölkerung von Konstantinopel. Nach den Schlägen, die man aus den neuen Wahlen in Istanbul auf die Bevölkerung ziehen kann, geht die Einwohnerzahl des früheren Konstantinopel immer mehr zurück. Die Stadt hat danach seit der letzten Volkszählung 1927 wieder gegen 110.000 Einwohner verloren. Die Gesamtziffer betrug damals 390.735 Seelen, von denen 177.740 dem mohammedanischen Glauben angehörten. Gegenwärtig sind es höchstens noch 200.000 Einwohner, kaum die Hälfte der Ziffer, die Konstantinopel vor dem Kriege besaß. Der Hauptgrund liegt in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Verwaltung der Stadt, die sich über ein so großes Gebiet erstreckt, wird immer schwieriger, und je mehr der Magistrat die Bewohner mit Steuern belastet, desto mehr von ihnen flüchten und desto schlechter gehen die Geschäfte. Trotzdem bleibt Istanbul auch weiterhin das Herz der Türkei.

Die geheimnisvolle Statue. In der Nähe der italienischen Stadt Ravenna steht in einem herrlichen Villenpark eine Statue, die eine wunderbare, prächtig geformte Mädchenfigur darstellt. Die Statue wurde von einem bekannten italienischen Bildhauer vor etwa zwanzig Jahren aus kostbarem Carrara-Marmor geschaffen. Modell stand eine außerordentlich schöne Italienerin, die Braut eines griechischen Millionärs, in dessen Besitz die Villa sich früher befand. Einige Wochen nach Fertigstellung des prachtvollen Kunstwerkes war die junge Braut verschwunden. Auf die Frage seiner Bekannten antwortete der Bildhauer, daß es zwischen ihm und seiner Braut zu Zwistigkeiten gekommen wäre, daß sie ihn verlassen hätte. Da die Erzählung ungläublich erschien, wurde die Polizei auf den Fall aufmerksam gemacht. Die langwierige Untersuchung erzielte jedoch ergebnislos. Erst kürzlich, nach zwanzig Jahren, konnte das Geheimnis von den neuen Besitzern der Villa enthüllt werden. In der Tat, der Statue brüchig geworden ist, wurde beschlossen, das Kunstwerk herunterzunehmen und im Hause aufzustellen. Als die Arbeiter mit dem Herausheben des Sockels aus der Erde beschäftigt waren, stießen sie auf menschliche Knochen. Ein weißliches Skelett kam zum Vorschein, das deutliche Spuren eines gewaltigen Todes aufwies. Der griechische Millionär hatte seine Braut erschlagen und ihre Leiche vergraben. Ueber der Grabschichte lag er die Statue aufstellen. Nach dieser grausigen Entdeckung haben die neuen Besitzer die Statue an ihrem ursprünglichen Platze stehen lassen.

**Kinder werden entführt.**

Stille um den Fall Breil. — Expresserbanden in Amerika. — Die jüdischen Millionärsöhne.

Wie über alle Sensationen, deren sich die Berliner Boulevardpresse bemächtigt, ist auch über die Entführungsgeschichte der Tochter des Kunstmalers Breil schon wieder Gras gewachsen. Dieser Fall war wieder einmal eine Gelegenheit, dem merkwürdigen kriminalistischen Exorzist gewisser Blätter, die sich als eine Art Konkurrenz des Polizeipräsidenten aufstellen, neue Nahrung zu geben. Als sich aber herausstellte, daß der Fall doch nicht so einfach lag, wie es zuerst schien, daß nämlich Hilfrud Breil nicht ganz gegen ihren Willen von der gewiß anrüchlichen hochadeligen Familie von Hohenberg entführt worden war und bekannt wurde, daß zwischen dem Vater und Hilfrud Breils und der frühreifen Tochter erhebliche Differenzen bestanden, ebnete die Wellen der Erregung ab.

Man darf sicher sein, daß die Entführung eines Kindes des Metallarbeiters Müller aus Berlin A niemals der Anlaß zu einer dreispaltigen Schlagzeile in den oben genannten Blättern gewesen wäre. Diese Tragödie, die täglich in dem großen Menschenfessel Berlins vorkommen, sind keine dankbaren Objekte der Sensation, weil ihr Motiv meist wirtschaftlichen Sorgen entspricht und nicht den Pubertätsnöten eines verwöhnten Hauskinderchens.

Im allgemeinen halten sich bei uns Entführungskindererwerb in den normalen Grenzen. Der merkwürdigste Fall einer Kindesentführung in Deutschland ereignete sich vor einiger Zeit in Berlin. Dort war ein Kind mit einiger Rindermilch verschwunden. Man ermittelte als Diebin ein junges Mädchen, welche das Kind mit samt dem Rindermilch den ganzen Tag in der Stadt herumgeführt hatte. Da außer dem Kleinen auch noch eine Geldtasche mit Inhalt sich im Wagen befand, glaubte man zuerst an einen regelrechten Diebstahl. Bei der

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**  
**Riefengewinne der Grubenbesitzer auch in der Krisenzeit.**

„Reingewinn ist das, was sich nicht verstecken läßt.“

**Berg- und Hüttenwerksgesellschaft.**

Für die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft war das Geschäftsjahr 1930 wiederum ein sehr „fettes Jahr“, und die Herren Aktionäre haben das Vergnügen, wieder 100 K, wie im Vorjahre, für jede Aktie als Arbeitslohnunterstützung, pardon, als Dividende einzufleischen. Nach den offiziellen Mitteilungen der Verwaltung sind die rechnerisch günstigen Geschäftsergebnisse von 1930 darin begründet, daß sich angeblich in der Schwerindustrie die Auswirkungen der Krise erst im Herbst im vollen Maße fühlbar gemacht haben. Die Kohlenproduktion der Gesellschaft hat sich im Jahre 1930 auf 3,26 Millionen Tonnen, von 3,98 Millionen Tonnen im Jahre 1929, verringert. Die Kohlenproduktion betrug 0,45 (0,47), die Isotopenerzeugung 0,44 (0,5) und die Holzwarenherstellung 0,37 (0,42) Millionen Tonnen. Die Gesamtenergieerzeugung weist daher einen Rückgang auf. Im Export soll zu Verlustpreisen verkauft werden. Für das Ausland wurden die Warenpreise angeblich um 8 bis 9 Prozent herabgesetzt. Entsprechend der geringeren Erzeugung ist der Reingewinn um 27 Millionen auf 246 Millionen K gesunken. Der Zinsgewinn beträgt 1,95 Millionen K (im Vorjahre 1,96 Millionen K). Die durchgeführten Investitionen erforderten 106 Millionen K und die Abschreibungen 127 Millionen K (im Vorjahre 131 Millionen K).

Der Reingewinn beträgt 46,1 Millionen K (im Vorjahre 47 Millionen K) und die Dividende wiederum 100 K pro Aktie. Die Herren Aktionäre werden also für ihre „schwere Arbeit“ zusammen 40.000.000 Kronen erhalten.

Für die Arbeiter und Angestellten bleiben 2,5 Millionen K übrig. Das dürfte jenen Teil des Reingewinnes sein, der sich nach dem bekannten Wort eines Grubendirektors wohl kaum mehr hat verstecken lassen. An Pensionen sollen 2,9 Millionen K ausgezahlt werden. Die paar Direktoren werden also bedeutend mehr an Pensionen erhalten, als die gesamte Arbeiterkraft an gesellschaftlichem Reingewinnanteil.

näheren Untersuchung stellte sich aber heraus, daß das Mädchen rein von mütterlichen Instinkten getrieben, sich des Kindes bemächtigt hatte. Daß sie es nicht auf das Geld abgesehen hatte, beweist die Tatsache, daß sie für den im Kinderwagen gefundenen Betrag den Säugling vom Kopf bis Fuß neu einwickelte.

In Amerika bestehen wie für alle Verbrechen auch für Kindesentführungen gewisse Banden, die sich diesen Zweig zur Spezialität gemacht haben. Und zwar haben sie es auf Millionärskinder abgesehen, bei deren Vätern sie dann Erpressungsversuche machen. Aus diesem Grunde lassen neuerdings viele Millionäre ihre Kinder von Detektiven begleiten, die sie auf Schritt und Tritt bewachen sollen. Auch die Kinder Sarah Loyds, auf die kürzlich ein Ueberfall verübt wurde, der aber noch in letzter Minute vereitelt werden konnte, sind von Detektiven bewacht.

Daß Kindesentführer bisweilen nicht vor grausamen Verbrechen zurückschrecken, bewies ein Fall, der sich vor einigen Monaten in den Vereinigten Staaten ereignete. Ein junger Mann, der als sehr ehrgeizig galt, hatte beschlossen, sich die Mittel, die er für sein Studium brauchte, durch ein Verbrechen zu beschaffen. Er entführte das Tochterchen des Millionärs, in dessen Diensten er vorher gestanden hatte, und sandte dem unglücklichen Vater einen Brief, in dem er ihm drohte, das Mädchen zu ermorden, wenn er die geforderte Summe nicht am nächsten Tage erhalten würde. Der unglückliche Vater zögerte zunächst, hinterlegte aber einige Stunden nach dem festgesetzten Termin das Geld an einer bestimmten Stelle. Er fand auch an dem bezeichneten Ort sein Tochterchen vor, das scheinbar schlafend auf der Erde lag. Wie im Brief vorgeschrieben, nahm der Millionär das Kind in seine Arme und verließ schleunigst den Ort. Erst später mußte er zu seinem Entsetzen feststellen, daß sein Kind getötet worden war. Es gelang den Verbrechern zu fassen. Er zeigte keinerlei Reue und bedauerte nur, daß die in seinen Besitz gelangte Summe ihren Zweck nicht mehr erfüllen würde. Weit häufiger noch als in den Vereinigten Staaten ist der Kinderraub in China an der Tagesordnung. Dort werden nicht nur am hellen Tag die Kinder reicher Leute entführt, sondern die Verbrecher zögern nicht, die Väter selbst gewaltsam gefangen zu nehmen und so lange in ihrem Schlafwinkel festzuhalten, bis das geforderte Lösegeld gezahlt wird. Da man in China weiß, daß diese Räuber zum Aufheben entschlossen sind, wagt man nicht, sich ihnen energisch zu widersetzen.

Es gibt aber auch pathologisch veranlagte Menschen, die Kinder aus verdrehten Instinkten entführen. So bemächtigte sich bekanntlich vor einigen Jahren zwei Söhne bekannter amerikanischer Millionäre eines Knaben, den sie in ihrem Auto töteten, um sich an den Qualen des Gemarterten zu ergötzen. Die beiden jungen Leute wurden ermittelt und verurteilt.

**Ferdinands-Nordbahn.**

Dem Geschäftsbericht der Ferdinands-Nordbahn für das Jahr 1930 entnehmen wir, daß die Gesellschaft 6928 Arbeiter (1929 7284 Arbeiter) beschäftigt hat. Die Kohlenenergieerzeugung betrug 18,7 Millionen Kwh. Außerdem erzeugte die Gesellschaft noch Holz, Brickette, Teer, Naphtalin usw.

Der erzielte Reingewinn beträgt 17 Millionen K (im Vorjahre 16,1 Millionen K), die Dividende 205 K (im Vorjahre 250 K).

Die Herren Aktionäre werden daher die nette Summe von 15,4 Millionen K einstecken, während für die Arbeiter an Reingewinnanteilen etwa anderthalb Millionen ausfallen dürften. Der noch verbleibende Gewinnzeit von rund 2 Millionen K soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Dem Geschäftsbericht der Duxer Kohlenwerksgesellschaft auf Aktien entnehmen wir, daß sich die Krise auch auf den Werken der Gesellschaft, die zum Reichs-Konzern gehören, auswirkt. Der Geschäftsbericht sagt natürlich nicht, daß die einzigen Vertriebsstellen der Krise nur die Arbeiter sind. Die Herren Aktionäre spüren von der Krise noch nichts und brauchen keinerlei Opfer bringen. Der trotz Krise erzielte Reingewinn beträgt nach Abschreibungen (2,00 Millionen K) und Steuerreserven (15 Millionen K) immerhin noch 2,3 Millionen K gegenüber 2,7 Millionen K im Vorjahre. Es wird daher den Herren Aktionären

**eine unverminderte Dividende**

ausbezahlt werden. Für die Bergarbeiter soll ein Reingewinnanteil von 150.000 K ausbezahlt werden.

**Handlovaer Kohlen-K.G.**

Der Reingewinn der Handlovaer Kohlen-K.G. beträgt für das Jahr 1930 2,9 Millionen K (i. V. 4,2 Millionen K). Die Generalversammlung der Gesellschaft hat daher beschlossen, eine gefürzte Dividende mit 12 K pro Aktie (i. V. 16 K) mit einem Aufwande von 2,1 Millionen K auszusütten. Der Anteil der Arbeiter beträgt 0,5 Millionen K.

Diese Rechnungsbüchlein liefern den Beweis dafür, daß es den Herren Grubenbesitzern auch in der Krisenzeit sehr gut geht und daß sie von einer Krise überhaupt nichts verspüren. Die ganze Krise wirkt sich eben nur auf dem Rücken der Bergarbeiter aus.

**Gerichtssaal**

**Eine mißglückte „Intervention“.**

Kanzlei des Präsidenten und RRK. — Abenteuerliche Idee eines Advokaturkandidaten.

Freitag, 18. Juni. Vor der Türe des Verhandlungsloales, in welchem sich heute der blühende Advokaturkandidat Dr. Wozelka Bezel vor dem Senat des RRK. für den Posten des Staatsanwalts zu verantworten hatte, warteten lauter hochgestellte Herren des Jugendauftrags: Stabsoffiziere, Sektionschefs usw. Dr. Bezel ist der Verleumdung gegen den Chef der Präsidialabteilung I des Ministeriums für Rationalverteidigung, Oberst Dr. Robert Sobrattiel angeklagt und die Verhandlung gestaltete sich in mander Beziehung äußerst interessant.

Was für eine Rolle die „Interventionen“ verschiedener Art in unserem öffentlichen Leben spielen, das bedarf keiner besonderen Erwähnung — siehe die verschiedenen Affären, Prozesse u. dgl., die dieses höhere Kapitel von Zeit zu Zeit blühend bezeichnen. Immerhin bleibt es ein origineller Fall, daß ein angehender Advokat es unternimmt, bei der Kanzlei des Präsidenten der Republik zu intervenieren, um diese Instanz gegen das Min. f. Rationalverteidigung zu mobilisieren; und zwar im Vertrauen auf seine „diplomatischen Beziehungen“ und ein „Cliquen“ (wörtlich) zu drücken er sich aus. Er erlebte eine häßliche Enttäuschung, was ihm jeder halbwegs informierte hätte mit Sicherheit prophezeien können. Der Sachverhalt ist folgender:

Ein Ehepaar aus Dejwig, dem auf Betreiben des W. R. O. Grundbesitz für Militärzwecke enteignet worden war (natürlich zu denkbar schlechten Bedingungen), strebte die Aufhebung des alten Enteignungs-Erkenntnisses und eine gerechtere Regelung der Sache an. Das W. R. O. lehnte ab, aber die Landesbehörde gab den Unzufriedenen recht, worauf das W. R. O. die Beschwerde gegen diese Entscheidung ans Oberste Verwaltungsgericht einbrachte, die derzeit noch schwebt. Da es eine langwierige Sache war, hätte der Anwalt des Ehepaares, Dr. Schubert, den Streit gern ausgeglichen, wogegen die Militärjuristen darauf hinariefen, daß jetzt die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes abgewartet werden müsse (was beinahe unendlich lange dauert). Zufällig ist der Chef der ersten Abteilung des Präsidiums des W. R. O., Oberst Sobrattiel, mit dem genannten Anwalt eng befreundet. Der Angeklagte kam einmal als Besucher zu Dr. Schubert, sah den zufällig dort weilenden Oberst und erklärte alsbald mit großer Bestimmtheit, er werde die Sache in Ordnung bringen, wofür der erregte Dr. Schubert ihm ein anständiges Honorar in Aussicht stellte.

Das „In-Ordnung-Bringen“ geschah auf die Art, der der angeklagte Konsulent, der sich keine Kost-

baren Begehrungen ausgedrückt räumte, dem Chef der Zivilkammer des Präsidiums, Sektionschef Dr. Schlegel, aussetzte und ihm erzählte, ein Oberst des W. R. O. Präsidiums, so und so alt, Doktor der Rechte und „Regional“, habe für 500.000 K in einer fiktiven Sache ein Bodimollen angeboten. Man muß sich vergegenwärtigen, mit welcher nervösen Härte man in den Kreisen der Staatsleitung die Integrität des W. R. O. gewahrt wissen will (siehe den Fall Taaffe). Die Unterredung fand ein jähnelles Ende. Dr. Schlegel unterrichtete den General Beznarek vom W. R. O. über den Fall und da die Kennzeichnung einzig und allein auf den Oberst Dr. Sobrattiel wies, dessen Namen der Angeklagte allerdings nicht genannt hatte, zog dieser sofort seine Konsequenzen. Die eingebrachte Ehrenbeleidigungsklage wurde von der Staatsanwaltschaft aufgenommen, die in dem gefährdeten Vorgang das Verbrechen der Verleumdung erblickte, da der Angeklagte den Oberst fälschlich des Verbrechens der mißbräuchlichen Amtsgewalt bei einer behördlichen Stelle denunziert habe und die Anzeige zu einem Strafverfahren gegen den Oberst hätte führen können. So kam die Sache vor das Kreisgericht.

Der Angeklagte erklärte, er habe nur gesagt, „ein Offizier interessierte sich für eine gewisse Sache“, überdies habe es sich nur um eine private Mitteilung an Dr. Schlegel gehandelt. Dieser widerlegte freilich diese Verteidigung mit dem Hinweis, daß er sofort nach den ersten Worten erklärt habe, solche private Mitteilungen könne es nicht eingegemeinnet werden. Der Angeklagte habe also gewußt, daß er pflichtgemäß die Sache weitergeben werde. — Daß die Beschuldigung ganz grundlos war, gesteht der Angeklagte, dessen hohes Selbstbewußtsein in sonderbarem Widerspruch zu der selbstverschuldeten peinlichen Situation steht, ohne weiteres zu. Oberst Sobrattiel hat eine glänzende Karriere gemacht. 1919 als russischer Legationsoffizier zurückgekehrt, studierte er jetzt erst Jus, promovierte 1923 und war schon vor 1930 Oberst und Sektionschef des W. R. O. — Juristisch wird der Fall noch dadurch kompliziert, daß Oberst Sobrattiel den Streit mit den Demituierten gar nicht selbst bearbeitete und der betreffende Akt nicht im Dienstwege zu Lebzeiten weder eine Abteilung oassierte. Er hatte somit gar keinen Einfluß auf die Entlassung und da das ihm zugemessene Verbrechen diesen Einfluß voraussetzt, wäre es ein Verstoß mit untauglichen Mitteln und also auch das Verbrechen der Verleumdung nicht gegeben. Die Anklage (vertreten durch Staatsanwalt Dr. Cesal) durchdringt den Anwalt also: Verleumdung liegt in jedem Fall vor. Denn entweder hatte der Oberst die Macht, Einfluß zu üben — dann ist ihm eben das Verbrechen der mißbräuchlichen Amtsgewalt zugemessen worden; oder er hatte sie nicht, dann würde ihm ein ganz ordinärer Betrug angelastet, denn er hätte in diesem Falle eine halbe Million verlangt unter Vorpiegelung einer Gegenleistung, ohne diese leisten zu können.

Der Senat erachtete indessen den Tatbestand der Verleumdung nicht als gegeben, da die Kanzlei des Präsidenten nicht als behördliche oder gerichtliche Stelle anzusehen sei und auch subjektiv die Voraussetzungen einer Verleumdung fehlen. Es handelte sich eben um laienmännliches Geschwätz, als böswillige Denunziation. Der Angeklagte wurde zu einem Monat Arrest (umgewandelt in 1000 K Geldstrafe) bedingt verurteilt und ihm die Entschädigung beim Beleidigten binnen 4 Wochen aufgetragen.

**Der Einsturz am Postiz vor dem Obersten Gericht.**

Die Strafen gegen die Beschuldigten bestätigt.

Brünn, 17. Juni. Der Oberste Gerichtshof in Brünn behandelte heute unter Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmid die Berufung gegen das Urteil 1. Instanz in Angelegenheit der Katastrophe am Postiz in Prag vom 9. Oktober 1928, bei der durch den Einsturz eines Eisenbeton-Neubaus in den Nachmittagsstunden 46 Personen den Tod fanden, während 21 schwer, und 9 leicht verletzt wurden. Als verantwortlich für diese Katastrophe wurden Ing. Rudolf Mondl und Ing. Vlast. Praxák, Chef der Betonabteilung der Firma Praxák & Moravec, die den Bau vornahmen, zu je einem Jahre strengem Arrest, bedingt auf vier Jahre, verurteilt. Der Gerichtshof zeigte damals der Ansicht zu, daß die Ursache des Einsturzes des Neubaus die allzu große Belastung der Gespinnste, die die Erdtraversen im ersten Stock tragen sollten, war, und zwar infolge fehlerhafter statischer Berechnungen, die die erlaubte Grenze der Betondruckspannung überschritten.

Die Verteidiger der Angeklagten beriefen gegen dieses Urteil, worüber der Oberste Gerichtshof in Brünn heute zu entscheiden hatte. Die Verhandlung wurde vom Referenten, dem Rat des Obersten Gerichtshofes, Kozelouzek, durch Verlesung der Akten, Protokolle der Hauptverhandlung und Auszüge aus den Sachverständigengutachten eingeleitet. Hierauf sprachen die beiden Verteidiger der Angeklagten, welche ihre Einwände gegen das Urteil 1. Instanz vorbrachten. Der Generalprokurator Dr. Minapfl, unterfisch insbesondere die Gründe des Urteils 1. Instanz und befahte sich im einzelnen mit den Ausführungen der Nichtigkeitsbeschwerde, die er schließlich als juristisch unhaltbar bezeichne.

Nach kurzer Replik Dr. Spurnas zog sich der Senat zur Beratung zurück, worauf der Präsident Dr. Schmid die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes bekanntgab, womit die beiden Nichtigkeitsbeschwerden abgewiesen und die Strafverfügungen zur Ertragung der mit dem Verfahren verbundenen Kosten verpflichteter werden.

12



Gr. 9-14, Modell 4542-05 (27-34) Den Kindern für den Sonntag nachmittag diese schönen Leinenschuhe mit blauer Paspelierung und Gummisohle ohne Absatz.

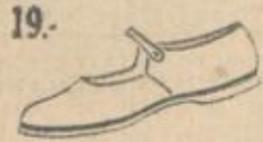
Leinenschuhe mit Gummisohle werden von Jahr zu Jahr beliebter. Wir erzeugen dieselben in vielen Facetten, verschiedenen Schnitten und schönen Farbkombinationen. Wir erzeugen sie nach den Mode-Bedürfnissen der berühmtesten Kurorte und Seebäder. — Zu jeder Sommer-Kleidung tragbar, ob im Arbeits- oder Seidenkostüm. Dieselben sind auch eine unerlässliche Ergänzung während Ihres Aufenthaltes im Kurorte und am Spielplatz, ein Schuh für Spaziergänge und Ausflüge. Ein leichtes Reinigen mit Kreidestein. Um die Bequemlichkeit zu erhöhen, empfehlen wir Ihnen unsere Loofa-Einlegesohlen.

# Rata

12



Badeschuhe Modell 1805-66 Gummi-Badeschuhe. Sie schützen den Fuß vor Verletzungen. Dieselben sind leicht und hindern nicht während des Schwimmens. In einigen Farben erhältlich.



Modell 1145-05 Für den Sonntag nachmittag ein beliebter Damenschuh mit elastischer Gummisohle und geschmackvoller Paspelierung. Bequemes Reinigen durch unseren Kreidestein KE 1.—



Modell 1195-03 Weiße Segelschuh mit Ristspange, geschmackvolle blaue, rote oder grüne Paspelierung. Elastische Gummisohle ohne Absatz.



Modell 1135-05 Leichter Leinen-Schnürschuh in weißer Farbe. Elastische Sohle aus gewalztem Gummi. Für den weissen Sport, der Spielplatz und Nachmittags-spaziergänge.



Modell 2155-50 Luftige Damenschuhe aus weissem Rips mit Gummisohle und Absatz. Luftiger geflochtener Vorkuss.



Modell 1135-52 Weisses Leinenschuh mit Spange. Leichte Sohle aus gewalztem Gummi. Vorkuss aus farbigem Flechtwerk. Für den Badeplatz und den Ausgang.



Modell 2186-70 Praktischer Modenschuh aus farbiger dunkel-Leinwand mit Gummisohle. Zur Sommerkleidung für den Badeplatz und den Kurort.

G 89.

## Kleine Chronik

### Die letzten Gorillafamilien.

Am Naturforschungsplatz am Kongo. — Die Lebensweise der Kiefernaffen.

Auch bei den Gorillas beginnt sich die Wohnungsnot bemerkbar zu machen. Immer weiter drängen die Kolonisten in die Gebiete Zentralafrikas vor. Das bedeutet für die riesigen Tiere, daß sie sich nicht mehr so frei und ungehindert auf weiten Weidplätzen bewegen können wie bisher. Da sie keine Pflanzenfresser sind, so ist ihr Nahrungsbedarf natürlich ungeheuer groß. Man kann sich ungefähr vorstellen, was ein ausgewachsener Gorillamann, der eine Größe von mehr als 2 Meter erreicht und ein Gewicht bis zu 3 Zentnern, für Mengen pflanzliche Nahrung braucht, um satt zu werden. Zudem ist er noch recht wählerisch, bevorzugt vor allem ganze Bambussprossen. Von größeren Pflanzen frisst er nur das Herz der Stängel. Bei dieser Ernährungsweise ist ein Weidplatz bald abgeräumt. Der Gorilla rupft die Pflanzen, die ihm zur Nahrung dienen, zudem noch mit Stumpf und Stiel aus und hinterläßt eine richtige Verwüstung an seinen verlassenen Weidplätzen.

Der Beobachtung der Gewohnheiten dieser interessanten Tiere, von denen es nur noch verhältnismäßig wenige Exemplare gibt, galt eine vom amerikanischen Carnegie-Institut ausgerüstete Expedition, die im vergangenen Jahre die Gebiete des belgischen Kongo besuchte. Im belgischen Kongo liegt jetzt der Naturforschungsplatz, den man auf Betreiben der Naturforscher geschaffen hat. Bei der immer mehr vordringenden Zivilisation in Zentralafrika hat man naturgemäß auf alle die Tiere Jagd gemacht, die die neu angelegten Pflanzungen bedrohen. So ist auch unter den Gorillas in verheerender Weise gewüthet worden. Der Gorilla, der seine alten Weidgebiete so verändert antrifft, nahm natürlich keine Rücksicht, sondern zerstampfte die mühselig angelegten Felder, riß aus, was ihm als Nahrung geeignet schien.

Man hat man ihm eine letzte Heimstätte in dem Naturforschungsplatz zugewiesen, wo niemand auf ihn Jagd machen darf. Hier im tiefen Dickicht, der die Bergflur bis zu einer Höhe von 3000 Meter bedeckenden Bambuswälder leben die letzten Gorillafamilien. Ihre Lebensweise zu erforschen, hatte sich die amerikanische Expedition auf den Weg gemacht. Das Interessanteste an den Tieren ist wohl die Art, wie die Familie, mit einander lebt. Nichts davon ist sich ein ganz primitives Nest aus Zweigen und Gras, teils direkt am Boden, manchmal auch in den unteren Zweigen eines Baumes. In diesem Nest schläft das Gorillaweibchen mit den Jungen, während der Gorillamann an einem Baum geleht über den Schlaf seiner Familie wacht. Für diesen nachtlischen Schutz verlangt er aber während einer Gegenleistung, die darin besteht, daß ihm bei Tage Frau und Kinder die besten Bissen zubringen haben. Und zwar noch das schnell vorstatten gehen, sonst wird der Vater ungenügend und es gibt nicht selten Ohrfeigen, die bei den Riesentieren des Mannens derb ausfallen.

Die Ziele der Expedition waren durchaus friedlich. Niemals ist auf irgendein Tier Jagd gemacht worden; man hat sich eifrig bemüht, den Tieren unmerklich zu folgen, um eben ihre Lebensgewohnheiten zu belauschen.

Der Gorilla ist trotz seiner Riesengröße durchaus kein angreifliches Tier. Nicht er sich angegriffen, so beginnt er zunächst einmal gewaltsam zu brüllen und seinen mächtigen Brustkasten dröhnend mit seinen Fäusten zu bearbeiten, um den Angreifer einzuschüchtern. Rührt dies nicht, so versucht er sich durch Nicht in Sicherheit zu bringen. Da er durch seine Schwerfälligkeit nur langsam vorwärts kommt, erreichen ihn die Verfolger fast immer und dann kommt es, wenn nicht moderne Schutzpatronen zur Verfügung stehen, zu furchterlichen Nahkämpfen, bei dem der angreifende Mensch, wenn er nicht unglaublich geschickt ist, entsetzlich zugerichtet werden kann. Die Kräfte des ausgewachsenen männlichen Gorilla sind so groß, daß er in der Tat in der Tat einen Menschen einen Arm oder ein Bein im wahren Sinne des Wortes auszureißen vermag. Mit seinen langen Armen, die eine Spannweite bis zu 2,8 Meter erreichen, kann er einen

Menschen so umschlingen, daß ihm alle Rippen brechen. Rolf Mert.

## Sport • Spiel • Körperpflege

### Sportbetrieb in Finnland.

Die Arbeiter-Fußball-Stadtmannschaft von Tallin (Estland) zeigte in Finnland sehr gute Leistungen. Der finnische Bundesmeister Beja Hellingsfors gewann gegen die Stadtmannschaft Tallin 4:2 (2:2) und die Hellingsfors Stadtmannschaft 4:0 (1:0).

St. der besten Läufer des finnischen Arbeiter-Sportbundes bewarben sich in der Umgebung von Hellingsfors um die Bundesmeisterschaft im Geländelauf. Sieger im Hauptlauf über 8 Kilometer wurde Rehtonen (Rauffach) und im Hauptlauf über 3,5 Kilometer Pohja (Hellingsfors).

Den traditionellen Straßenlauf „Quer durch Hellingsfors“ gewann der Sportverein Anderswo wieder. Die Strecke ging über 10.000 Meter und es beteiligten sich 16 Mannschaften mit je 20 Läufern am Wettkampf.

Die finnischen Bundesbogenschützen nahmen wieder einen großartigen Verlauf. 30 ausgewählte Wettkämpfer aus dem Bundesgebiet bewarben sich um die Titel. Von den vorläufigen Meistern behaupteten sich im Alltagswettbewerb Tuominen (Kontio), Hebergewicht Kullonen (Cala), Weltgewicht Wela (Zaitkola), Keine Meister sind im Bantamgewicht Sandström (Tutinen), Leichtgewicht Romonen (Zaitkola), Mittelgewicht Urhonen (Ammi) und im Halbschwergewicht Puutio (Hellingsfors).

Olympia-Radsfahrer kommen auf ihre Kosten. Die Sorge der Arbeiter-Radsfahrer beim 2. Arbeiter-Olympia in Wien keine Radrennbahn zu besitzen, ist im April nach langen Verhandlungen zwischen dem Arbeiterbund für Sport- und Körperkultur Österreichs und der Gemeinde Wien behoben worden, indem beide Parteien übereinkamen, eine Radrennbahn aus Rakodum herstellen zu lassen. Inzwischen ist man aber doch noch zu dem Entschluß gekommen, die Bahn aus Beton erbauen zu lassen. Sie soll schon Ende Juni fertig werden.

Neue lettische Höchstleistungen. In Fortsetzung der leichtathletischen Olympiascheidungskämpfe des lettischen Sports- und Schachbundes in Riga warf der Rigaer Nikus den Speer 53,01 Meter und Valtinoff die 800 Meter in 2:02,2 Min. Beides sind neue lettische Höchstleistungen. Hochsprung lief die 100 Meter in 11,8 Sek. und 200 Meter in 24 Sek. Sieger im 100 Meter-Lauf wurde Gausis in 55,6 Sekunden und im Weitsprung Vants mit 6,08 Meter.

## Kunst und Wissen

Deutsche Musikakademie, Matinee der Opern- und Schauspielklassen, Sonntag, den 21. ds., 4:11 Uhr mittags in der Kleinen Bühne. Szenen aus „Don Juan“, „Bajazzo“, „Libello“, „Orpheus“, „Raketenball“, „Gdy von Verlichingen“ und „F. J. S.“ Karten bei Wehler.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 7:30 Uhr: „Der Richter von Zalamea“ (200-3). — Samstag, halb 8 Uhr: „Im weißen Röhl“. — Sonntag, 7:30 Uhr: „Im weißen Röhl“. — Montag, 7:30 Uhr: „Die Entführung aus dem Serail“ (204-1).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Freitag, 7:30 Uhr: „Koch (Hieb) Kullien“. — Montag, 7:30 Uhr: „Voruntersuchung“.

## Vereinsnachrichten

Crigo-Gruppe Prag, Sonntag, den 21. Juni, Konspizier: Schloßpark und Umgebung. Sammlung bis 7 Uhr Wilsonbadhof. Früh: Punkte. — Exzenter für 14-tägige Wandernag durch die Schönbühl. Abfahrt von Prag 11. Juni.

## Aus der Partei

### Jugendbewegung.

Kote Falken, Prag, Samstag nachmittags halb 5 Uhr, in voller Wanderausrüstung am Bohoralec-Turnplatz der DZ (beim Szebnob-Kloster) gestellt: kein! Jelle, Dedek, Kochyag, Eghesier, Badekleidung, Turnschuhe, Hülle, Wandzeitungen mitbringen! Jeder eine Eltern zur Teilnahme am Falkenabend (Beginn halb 8 Uhr) ein! Wir übernachten am Bohoralec.

DZ, Prag, Ortsgruppe 1. Am 23. Juni veranstalten wir eine Aussprache über „Die Lage Sowjetrusslands“. Um einigermassen urteilsfähig in eine Diskussion eingehen zu können, legen wir am den Anfang des Abends ein kurzes Referat des Genossen Bogner, der nach nachstehenden Gedankengang verfaßt wird, Tatsachen über die Verhältnisse in der Sowjet-Union zu bringen: 1. Raum und Völker des europäischen Ostens? 2. Wie ist es heute um den 5-Jahresplan bestellt? 3. Wer bezahlt den Aufbau? 4. „Das neue Leben“. 1. In der Familie 2. In der Arbeit

## Literatur

„Würden Sie Gerda Holl beurteilen?“ Von Robert Heymann. Verlag Hugo Wille, Berlin. Preis kart. RM. 2,50, geb. RM. 3,75. Der Autor stellt in diesem in der Reihe der „Romane, die das Leben schreien“ erschienenen und auf einer wahren Begebenheit beruhenden Roman dem Leser die idiosyncrasische Frage, vor die sich oft die Justiz gestellt sieht: ob anscheinend zwingende Verdachtsgründe immer schon zu einer Verurteilung des Angeklagten ausreichen dürfen. In dem vorliegenden wahren Sachverhalt, den Robert Heymann zu einem äußerst spannenden Kriminalroman zu verarbeiten verstand, wird die Last der Justiz immer drückender, der anfangs zweifelnde Leser glaubt schon selber mit dem Vermitteln größter Sicherheit an die Schuld Gerdas, deren Mann unter seltsamen Umständen stirbt, bis sich schließlich doch der Fall löst und einwandfrei der Schuldige des Mannes festgestellt werden kann. Was durch diesen einen gewissen literarischen Ehrgeiz zehenden Kriminalroman bewiesen wird, das ist, wie leicht die Justiz ihren Lohn und welches Maß von Gewissenhaftigkeit dazu gehört, um Justizworte zu verhüten.

„Die Frau aus Andros.“ Von Thornton Wilder. E. P. Tat u. Co. Verlag, Wien. Selbst, daß es in dem unerschaffenen und typischeren Amerika einen Dichter wie Thornton Wilder gibt, unamerikanisch und zeitlos schreibt und der so ganz unamerikanisch und zeitlos schreibt und der so ganz unmoderne Stoff für keine Dichtungen erwählt. In der „Frau aus Andros“ wurde Wilder durch eine Dichtung der Terenz angeleitet, deren Grundmotiv er allerdings frei und nach eigener Eingebung bearbeitet. Christus, die „Frau aus Andros“, irgendwoher aus Korinth oder Alexandria nach einer der griechischen Inseln „gefährt“, ist eine schöne und geistvolle Heldin, die bei ihren Gastvätern den trauenden Gästen als der Gipfel dessen erscheint, was man an Beredsamkeit und Witz und adeliger Gelassenheit nur erdenken konnte. Sie kann sich die Verschwendung gestatten, zu den jungen Männern, die ihre Gäste sind, aus der Fülle des eigenen Geistes zu reden“ und sie beendet die Ansbung der Liebe „in Scherz, Würde und Literatur“ ein. Sie steht geistig höher als ihr Verführerpaar und das macht sie einig. Um ihr Leben lester zu begründen und sich selbständige Freunde zu schaffen, nimmt sie verlaufene Menschenwesen, die ihrer bedürfen, bei sich auf. Die bürgerlichen Eltern ihrer Junge. Gäste sind über Christus Gastmähler höchst verdröffen, denn die dort verbreiteten Ideen können die Insel für immer verderben und bald werden „alle Mädchen lesen und schreiben und deklamieren wollen“. Was soll dann aus der Hauslichkeit werden? Christus Leben ist die Liebe, an der großen wahren Frauenliebe geht sie, die Helene, zugrunde.

## Kinderfreunde Prag.

Sonntag, den 21. Juni 1931, findet am Bohoralec-Turnplatz der DZ (beim Szebnob-Kloster) der

### Kindertag

statt. Programm: Lieder, Sprechspiele, Rezitationen der Mütter und Väter; Kinderturnen und Fahnenfliegen der Roten Falken; Siegreichspiel: Eine gefährliche Bieste im Feld der Roten Falken; Spiele und Belustigungen für Kinder und Eltern.

Beginn: Halb vier Uhr nachmittags. Wir laden die Eltern in allen proletarischen Organisationen ein, ihre Kinder an dem schönen Erlebnis des Kindertages teilnehmen zu lassen.

Samstag, den 20. Juni 1931, haben die Prager Roten Falken am Festplatz ihr

Feldtag auf. Alle Genossinnen und Genossen sind eingeladen, ab halb acht Uhr mit uns einen schönen Falkenabend zu verbringen.

Für Speise und Trank wird am Sonntag vorgefertigt. Freundschaft.

Als sie erzählt, daß Pamphilos, der von ihr, einst daß er es weiß, geliebte Jüngling Olympia ihre Zärtlichkeit liebt und heiraten will, erkrankt ist und nicht an gebrochenem Herzen, Olympia, von Pamphilos vertrieben und ein Kind erwerbend, sich in den Flammen des Scheiterhaufens, auf dem der Leichnam ihrer Schwester verbrannt, zu herbrennen Pamphilos reißt sie zurück. Der Abschließung der beiden widersteht sich der Jünglingsfamilie und sie bleibt auch unerschütterlich nach diesem Verlust von Olympias Weltabverlauf. Als die Familie endlich erkrankt, ist es zu spät, bei der Geburt des Kindes stirbt Olympia und ihr Kind. Das ist der Inhalt der Erzählung von der schönen griechischen Heldin Olympia, vom Dichter ebenso geliebt wie begeistert gehalten.

Veranstalter: Friedrich Loub. Chefredakteur: Wilhelm Niehler. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Preis: „Kolo“ 1,50; Zeitung und Buchdruck, Preis: den Druck verantwortlicher: Otto Galitz, Preis: den Druck verantwortlicher: Otto Galitz, Preis: den Druck verantwortlicher: Otto Galitz.

## KINO-PROGRAMM

Vom 19. Juni bis 25. Juni 1931. Wran-Urania-Kino. Unifiziert deutsche Kino Prag. „Tingel-Tangel“ Tonfilm-Operette.

## Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben. Gastwirtschaft Lidový Dům (Gen. Wilhelm Opavský) täglich Konzert, PRAG II., Hybernská Nr. 1.